

erschint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Nummer mit Kultur, Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pfg. Voll-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pfg. Monat. Eingere. in der Post-Behörde - Preisliste für 1896 unter Nr. 7377.

Vorwärts

Anzeigens-Gebühr beträgt für die häufigste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Insetats für die nachtr. Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 2 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Lebensräthe: Amt 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Abänderungen der Gewerbe-Ordnung.

Die jahrelange Agitation des Zentrums und der Klein-gewerbetreibenden soll endlich Früchte tragen. Seit einem Jahr-zehnt wird für eine Einschränkung des Handlungsgewerbes petitionirt und agitiert, im vorigen Jahre legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der jenen Wünschen zum Theil Rechnung trug, das Zentrum brachte einen noch weitergehenden Antrag und der Reichstag überwies beide einer Kommission, die ihre Beschlüsse erst am 17. Mai 1895 gedruckt vorlegen konnte, am selben Tage, an dem die Session geschlossen wurde.

Nun hat die Regierung den Gesetzentwurf von neuem ein-gebracht und dabei einen Theil der Kommissionsbeschlüsse, die sich auf Einschränkung der bestehenden Gewerbebetriebe richteten, berücksichtigt. Leider ist zu befürchten, daß der Reichstag die-mal zu einer Erledigung der Vorlage kommen wird und zwar in einem der Gewerbebetriebe feindlichen Sinne, so daß eine große Anzahl in der heutigen Wirtschaftsordnung legitimer Erwerbserlöse plötzlich dem Boden unter den Füßen weggezogen bekommen.

Entweihen können wir nur die Abänderung, welche der § 32 der Gewerbe-Ordnung erhalten soll dahingehend, daß zum Betriebe von Schauspielunternehmen strengere Bestimmungen als bisher maßgebend sein sollen. Die Erlaubnis wird nach dem Gesetzentwurf versagt, wenn der Nachsuchende den Besitz der zu dem Unternehmen nötigen Mittel nicht nachzuweisen vermag. Diese Abänderung ist, entsprechend der Regierungsvorlage von 1895, von der Kommission angenommen und diesmal mit dem-selben Wortlaut wieder eingebracht worden.

Zu der Kommission von 1895 hatten die Vertreter der sozial-demokratischen Fraktion bereits darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung nur zum Theil die berechtigten Forderungen der Bühnenangestellten erfüllt und sie gegen gewissenlose Aus-beutung seitens der Direktoren nur unvollkommen schützt. Unsere Genossen hatten beantragt, daß hinter § 32 der Gewerbe-Ordnung noch eine Reihe von Paragraphen ein-gefügt würden, durch welche die Bühnenangestellten so gut wie jeder andere Arbeiter gegen die gerade in diesem Beruf schamlos herrschende Ausbeutung Schutz erhalten. Das glänzende Glend des Schauspielers-Daseins wurde von ihnen so zutreffend ge-schildert, daß tausende von Bühnenangestellten des In- und Aus-landes ihnen Zustimmungsschreiben schickten und sich mit den Forderungen einverstanden erklärten, die von unseren Genossen gestellt wurden, nämlich: gleiche Ausübungsdauer für Bühnenangestellte und Unternehmer, Geldstrafe und zwar bis zu bestimmter Grenze für kontraktbrüchige An-gestellte wie Unternehmer, Einschränkung der Strafgebühren auf höchstens ein Viertel der Logegehalte und Verwendung derselben zu Unterstützungszwecken der Angestellten, Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Streitigkeiten aus dem Engagements-verhältnis, Einschränkung der Vermittelungsgebühren der Theater-Agenturen — dieser Vorschläge für Bühnenangestellte — auf höchstens 2 1/2 Pct. der Gage des ersten Jahres.

Die Kommission konnte damals nicht umhin, diese Anträge ihrer Tendenz nach zu billigen, meinte aber in ihrer Mehrheit, daß sie in einem besonderen Gesetzentwurf oder an einer anderen Stelle der Gewerbe-Ordnung anzubringen seien, und überwies sie den verbündeten Regierungen zur Kenntnisaufnahme. Da es zu einem Reichstagsbeschluss nicht kam, brachte der Bundesrath nicht offiziell Stellung zu diesem Beschlusse der Kom-

mission zu nehmen. Aus der Thatsache aber, daß die Anträge unserer Kommissionsmitglieder weder in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf berücksichtigt noch in den Motiven erwähnt sind, andererseits aber auch bis jetzt keine andere Regelung dieser bringenden Frage vorgeschlagen wurde, können die Bühnen-angestellten ersehen, daß die Regierungen ihren gerechten Wünschen nicht die genügende Berücksichtigung zu Theil werden lassen, und daher ein Petitionssturm seitens der Bühnenangestellten nicht unangebracht wäre. Uebrigens werden unsere Fraktionsredner sicherlich ihre Forderungen zu gunsten der Bühnenangestellten wieder aufnehmen.

Zeit entgegenkommender waren die verbündeten Regierungen gegenüber den reaktionären Wünschen auf Konzessionierung des Kleinhandels mit Bier und des Handels mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen. Frühere Bestimmung trifft besonders den Flaschenbierhandel, der den Schankwirthen ein Dorn im Auge ist; ein Zentrumsantrag wollte denselben ganz beseitigt sehen! Wir haben keine Ursache, irgend einem Gewerbetreibenden auf Kosten des anderen Vorrechte zu gestatten, und auf solche kommt es für die Schankwirthe heraus, wenn der Flaschenbierhandel verboten oder, wie der Gesetzentwurf entsprechend den Kommissionsbeschlüssen von 1895 will, untersagt werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbe-treibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun". Das klingt ja ganz berechtigt und scheint sich nur gegen die Bier-pantscher zu richten, giebt aber der Polizeibehörde eine Fülle von Vollmachten, die zu schlimmen Konsequenzen führen kann. Uebrigens würde dem Schankwirthen mit der Annahme des An-trages wenig geholfen sein; der Flaschenbierhandel wird stetig wachsen, nur können eine Anzahl kleiner Existenzen dann viel-leicht beseitigt werden und der Großbetrieb durch Branereien, welche direkt das Flaschenbier dem Konsumenten liefern, wird wachsen.

Die Einschränkung des Drogisten-gewerbes war selbst der Kommission zu arg gewesen; sie hatte dieselbe nicht an-genommen, der Regierungsentwurf bringt sie aber wiederum vor. Den Apothekern wird das schon recht sein, dem Publikum aber nicht, denn in der Praxis läuft die Gesetzesvorlage auf eine Ver-günstigung der Apotheker hinaus und diese vertheuern ohnehin die Heilmittel hoch genug.

Artikel 3 der Vorlage, der die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft sowie über den Klein-handel mit Branntwein oder Spiritus auf Konsum- und andere Vereine ausdehnt, trifft nicht nur die sogenannten "Schnapz-Konsumvereine", welche zu fördern auch wir gar keinen Anlaß haben, sondern auch alle anderen Konsum-genossenschaften; bei diesen soll die Konzessionserteilung von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden, die aber nicht nach dem Ermessen der Genossenschaftsmitglieder entschieden wird, sondern danach, ob nach Annahme der betr. Behörde in dem Ort resp. Stadtviertel oder Straße auch durch andere, in private Kaufleute oder Schankstätten dem von der Behörde gnädigst an-erkannten Bedürfnis abgeholfen wird. Diese Ausdehnung der Konzessionsbestimmungen auf Konsumgenossenschaften, deren Be-trieb nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist, muß als eine ungerechte Forderung bekämpft werden. — Die Aus-dehnung der Sonntagstrafe auf die Konsum-genossenschaften, die infolge mangelhafter Redaktion der Gewerbe-Ordnung bisher nicht möglich war, ist selbstverständlich gutzuheißen. Dagegen sind die gegen die Hausierer und Detail-

reisenden gerichteten Bestimmungen ein Ausnahme-gesetz in des Wortes schlimmster Bedeutung. Das Auffuchen von Bestellungen auf Waaren soll nur bei Kaufleuten oder solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden." Während es den Großkaufleuten unbenommen bleibt, ihre Kataloge und Muster-sendungen durch die Reichspost dem Publikum in die Wohnung zu senden, soll der Detailreisende nicht mehr Bestellungen beim großen Publikum aufsuchen dürfen. Als ob durch ein solches Verbot der Kleinhandel gefördert würde! Ganz im Gegentheil — der Geschäftsbetrieb durch Verwendung von Mustern und Katalogen, wie ihn Bartholph Herzog, oder J. N. Deese, oder Gerson in Berlin und andere Großunternehmer jetzt schon betreiben, wird noch größere Verbreitung erlangen. Die Kommission von 1895 hatte "Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke" von diesem Verbot ausgenommen, obwohl das Zentrum diese ganz besonders treffen wollte. Die Regierungsvorlage giebt dagegen den gesamten Kolportagehandel den bildungsfeindlichen Bestrebungen der Dunkelkammer preis, die es am liebsten hätten, wenn das deutsche Volk nur Traktätschen lesen würde. Auch der vom Zentrum beantragte Kommissionsbeschlus, daß bei Lieferungsverträgen die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtprice von vornherein angegeben werden muß, ist in die Regierungsvorlage aufgenommen. Wenn das Zentrum glauben machen will, sein Antrag richte sich gegen die Kolportagenomane, so ist dies einseitig. Nicht diese will es treffen, denn es weiß, daß es diese am wenigsten treffen kann, da mit der Romankultur leichter wie jeder anderen die Möglichkeit gegeben ist, den Umfang des Werkes fest zu be-grenzen und durch Hinweise auf eine Fortsetzung, die als selbständiger neuer Roman erscheint, zum Weiterkauf der Reste Anlaß zu geben. Die "Geschichten einer Familie", wie sie Dunas, Zola, Tolstoj u. a. schreiben, können auch in der Kolportageroman-Literatur die Möglichkeit schaffen, die Spannung der Leser — und damit die Kauflust — ins Unbegrenzte zu steigern.

Wissenschaftliche Lieferungswerke, besonders natur-wissenschaftlicher, sozialpolitischer und legalistischer Art, können aber weit weniger genau vorher abgegrenzt werden und ihnen erwachsen durch Annahme der Regierungsvorlage große Schwierigkeiten. Darüber freuen sich natürlich solche Glaubens-streiter, die wie jenes alte Weib sich glänzlich schätzen, wenn sie ein Scheitlein zum Scheiterhaufen beitragen können.

Der Hausirhandel soll auf Personen beschränkt werden, die das 25. Lebensjahr (bisher 21.) erreicht haben. Offenlich lohnen die Eidschwörer, die bis jetzt kramm ultramontan sind, ihrem Abgeordneten diesen Einbruch in die Gewerbebetriebe, der gerade den Eidschwörern den Erwerb bedeutend ein-schränkt. Der Hausirhandel ist heute ein durchaus ebenso berechtigter Erwerb wie jeder andere. Wenn ihn die Regierung, den schwarzen Spuren des Zentrums folgend, be-hindern wissen will, so ist das reaktionär, ohne dem Klein-gewerbe damit zu helfen. Dem ansässigen Kleinhandel, der im Hausierer seinen geborenen Feind zu erblicken vermeint, wird durch solche Gesetze doch nicht geholfen; ihn reißt der groß-kapitalistische Wolf, auch wenn er — mit nationalliberaler Wiederleit — sich als Freund der armen Schäflein aufspielt.

Die meisten Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle sind also, wie wir zeigten, nicht im Interesse der großen und ärmeren Massen der Bevölkerung getroffen, so daß deren Wort-kämpfer die Novelle ablehnen werden, wie sie dies bereits 1895 und früher, gethan haben.

war ganz erkannt, dieselben auf Seiten Bergluhn's stehen zu sehen. Sie unterzogen mich über diese Geschichte zu sprechen unter Androhung ihrer höchsten Ungnade. Als ich bekannte, daß ich bereits einen Feuilleton-Artikel darüber geschrieben und eingereicht habe, erfuhr ich zu meinem Schrecken, daß in jenen abscheulichen Handel mein jüngerer Bruder verwickelt war. Er hat in jeder Nacht mit seinem Freunde, jenem Lieutenant, zu gleichen Theilen ge-spielt und den Ehrenschein mit unterzeichnet. Ich zog sofort mein Schriftstück zurück, aber es war nichbar geworden und wurde als Skandalgeschichte in hohen Kreisen erzählt. Jetzt sollte ich öffent-lich widerrufen. Ich verweigerte dies. Meine Eltern wiesen mich aus dem Hause. Die beiden Offiziere, mein Bruder und der Lieutenant mußten ihren Abschied nehmen. Sie gingen beide in fremdländische Dienste, der letztere nach Italien, mein Bruder nach Frankreich. Die Braut des Lieutenants konnte sich nirgends mehr sehen lassen, sie zog fort, wurde Schauspielerin, hatte aber wenig Glück.

"Sie hieß, hieß Georgine hier plötzlich ein — Mary Segler?" "Sie wissen? fragte erstaunt der Baron." "Ich weiß, daß ihr Bräutigam der Lieutenant von Scheven war." "Auch das ist Ihnen bekannt?" "Nun, Sie haben recht, ich suchte aus Scham den Namen zu verschweigen." "Sie haben überhaupt sehr edelmüthig gehandelt" be-gann jetzt Brambach, "wie aber wurde es mit Ihrem ver-liebenen Gelde?" "Ich habe erst jetzt erfahren, daß der Lieutenant v. Scheven zum Hauptmann avancirt, im italienischen Kriege gefallen ist, man sagt, weil er sich tollkühn vor-gedrängt. Er hat mich und seine Braut zu Erben testamentarisch eingesetzt. Da die Hinterlassenschaft eine ge-ringe ist, so habe ich zu gunsten des Fräulein Mary Segler, die ihre Mutter mit erhält, verzichtet." (Fortf. folgt.)

87 **Clotilde.** (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von P. W. M. von Walthausen. "Das gebührt ihm", fiel der Baron ein, "hören Sie folgende Geschichte: Durch meinen Bruder lernte ich einen Lieutenant kennen. Derselbe hatte eine Braut, die ihn sehr liebte und die auch mit meiner Schwester bekannt war. Diesen Lieutenant beherrschte die unglückselige Leidenschaft des Spiels im hohen Grade. Seine Vermögensverhältnisse waren zwar glänzend, aber er zerrüttete sie mehr und mehr durch zu hohes, gewagtes Spiel. Eines Tages war seine Braut bei meiner Schwester auf Besuch, da trat der Lieutenant ganz verärgert und erregt bei uns ein." "Was fehlt Dir?" mit diesen Worten sprang ihm seine Braut entgegen und schlang beide Arme um seinen Hals. "Ich habe — mein Ehrenwort verpfändet — Du mußt mir eine Gefälligkeit erweisen." "Gewiß! Kannst Du fragen? Was soll ich thun?" "Du mußt auf ein paar Tage zu Bergluhn gehen." "Zu Bergluhn?" prallte seine Braut zurück. "Seine Frau erwartet Dich." "Seine Frau? Sprich deutlicher, lieber, bester Adolph." "Bergluhn hat mir aus einer augenblicklichen, großen Verlegenheit geholfen und knüpfte daran jene, zwar sonder-bare, aber kleine Bedingung. Ich sagte sie ihm zu, weil ich Deiner großen, aufopfernden Liebe bewußt bin und ich habe mich nicht getäuscht — sprich, Mary?" "Nein!" war die verzweifelt ihrem Innern abgerungene Antwort. Mary umarmte ihren Bräutigam und barg stumm ihr Gesicht an seine Brust. Nach einigen Sekunden blickte sie auf und sagte: "Komm, wir wollen gehen." Sie nahm Abschied von meiner Schwester und mir, freund-liche Mienen erzwingend; wir bemerkten nur zu deutlich,

Ueber

die Vorgänge im Transvaal

hat der Ausschuss des Volksraats des Orange-Freistaats einen Bericht erstattet, der nach dem „Daily Chron.“ im Auszuge lautet:

Aus den Studien aller uns unterbreiteten Aktenstücke geht unzweifelhaft hervor, daß die Ereignisse in Johannesburg und das der wilde, völlig ungerechtfertigte Einfall Jameson's eine Kette von Thatsachen bilden, die während der vorhergegangenen Monate kalten Blutes vorbereitet worden sind, und zwar von einer Vereinigung, die ihre Verzweigungen über ganz Südafrika hat und die ohne Zweifel von der unter dem Namen *Chartered Company* bekannten Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft mit ihrem ganzen Einflusse und allen ihren Mitteln unterstützt wurde. Die Bewachung der Einwohnerlichkeit von Johannesburg, soweit sie thatsächlich vorhanden sind, wurden von den Häuptlingen der Verschwörung nur dazu benützt, um die Augen der Menge zu blenden, sich durch falsche Vorpiegelungen deren Mitwirkung zu sichern und die Sympathie des Auslands zu erregen, daß aber der wirkliche Zweck der ganzen Bewegung der Umsturz der gegenwärtigen Regierung der Südafrikanischen Republik und ihrer Unabhängigkeit war, vermutlich mit ähnlichen Anschlüssen gegen den Orange-Freistaat. Wir entdecken ferner, daß schon zu Beginn des vorigen Jahres eine Vereinigung gebildet worden war, an der sich Angehörige der *Chartered Company* beteiligten hatten, und daß späterhin Truppen erworben, ausgerüstet und mit Waffen, Kriegsvorrath, Pferden, Sätteln und allen anderen Erfordernissen ausgerüstet worden waren; daß alle notwendigen Schritte ergriffen waren, um den Erfolg einer solchen Expedition zu sichern und daß an verschiedenen Orten der Südafrikanischen Republik Niederlagen geplant waren, um für die in ihr Gebiet einfallenden Truppen Nahrungsmittel, Pferde und was sonst notwendig war, zu verschaffen; die einzelnen Entfernungen von der Grenze von Britisch-Betschuanaland bis nach Johannesburg und Pretoria waren berechnet. Karten der verschiedenen Straßen nach diesen beiden Städten waren entworfen, die Umgegend von Pretoria genau skizziert und die zweckmäßigsten Angriffspunkte aufgezeichnet; daß die Truppen der *Chartered Company* vom Norden nach der Umgegend von Mafeking an der Westgrenze der Südafrikanischen Republik gebracht worden waren, daß eine große Anzahl der zu der Polizei von Britisch-Betschuanaland gehörigen Truppen von der *Chartered Company* angeworben und eben dorthin berufen worden waren, wo sie in bewaffneter Bereitschaft gehalten wurden, eben so wie in Maschona-Land und Matabel-Land, so daß auf ein vorher vereinbartes Zeichen (900) die ganze Truppenmacht oder ein Theil derselben gleichzeitig von einem oder mehreren Punkten aus in Transvaal einrücken konnte; daß an mehreren Orten der Kapkolonie und in Natal Leute insgeheim angeworben, daß Geschütze und Kriegsvorrath auf geheimen Wegen von Zeit zu Zeit und seit langem nach Johannesburg eingeschmuggelt worden waren; daß zwischen den Führern der Bewegung in Johannesburg und den Angestellten der *Chartered Company*, welche die Bewegung außerhalb des Staates vorbereiteten, ein steter Verkehr bestand; daß, gemäß den der Südafrikanischen Republik zugewandenen Nachrichten, gewisse Stämme der Eingeborenen gegen sie aufgereizt worden waren und eine feindselige Haltung gegen die Republik angenommen hatten; daß eine organisierte Verschwörung ihre Verzweigungen unzweifelhaft sowohl in fremden Ländern wie in ganz Südafrika und in fast allen Seehäfen Südafrika's hatte, so daß sie im Stande war, Waffen, Kriegsvorrath und selbst Munitionsgeschütze, aus einem oder mehreren Wässen der Behörden, zu landen und zu versenden.

Diese schwerwiegende Anklageschrift gegen Jameson und die *Chartered Company* wird verstärkt durch Mittheilungen aus einer nicht minder zuverlässigen Quelle. Am Sonntag Morgen trafen in Plymouth 17 kornwallische Vergleute vom Transvaal ein. Sie hatten alle in den Gruben bei Johannesburg gearbeitet und waren abgereist, ehe die Krisis eintrat. Die Leute erklärten, daß es eine Thatsache sei, daß seit Monaten der Sturz der Regierung des Transvaals vorbereitet worden ist. Die meisten Bergwerksdirektoren hätten ihre Arbeiter bewaffnet. „Wir haben nicht ein, weshalb wir unser Leben wegen einiger Kapitalisten in die Schanze schlagen sollten, die doch nur die allerschlimmsten Ziele verfolgen.“ In Johannesburg hat man bekanntlich die kornwallischen Vergleute der Feigheit bezichtigt. Als die siebzehn von Johannesburg mit der Bahn abreisen, bestellte man an ihren Waggons einen Zettel mit der Aufschrift: „Feiglinge-Waggon“. Von Weihnachten an wurden die Arbeiter in Johannesburg emmergirt und die Bergwerksinspektoren schickten Frauen und Kinder fort.

Der *Burgher L. E. Jacobs*, der auch am Sonntag in Plymouth eintraf, erklärt, daß die Vorbereitungen zu der Erhebung seit zwei Jahren getroffen worden wären. Hinter dem allem stehe *Cecil Rhodes*. Das Haupt der kapitalistischen Verschwörung in Johannesburg wäre *Lionel Phillips* gewesen. Der Putz habe schliesslich nicht viel Böses angerichtet. Das aber sei sicher, daß es in einigen Jahren im Transvaal zum wirklichen Kriege kommen werde.

Das englische Blatt „Daily News“, das leitende Blatt der

liberalen Partei, sagt angeführt aller solcher Enthaltungen: „Zwei Sachen sind durchaus klar: erstens, daß die *Chartered Company* gesetzlich und moralisch für die Handlungen ihres Administrators verantwortlich ist; zweitens, daß es die Pflicht des Parlaments ist, festzustellen, auf welche Weise Jameson's Einbruch herbeigeführt wurde. Wenn unsere Minister gestatten, daß die *Company* ihren Freibrief und ihre jegige Macht, Unheil anzurichten, beibehält, so wird von Europa berechtigter Weise geschlossen werden, daß sie ein öffentliches Verbrechen billigen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. Januar.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst die zweite Berathung über die Etats der Reichs-, Post- und Telegraphen-Verwaltung zu Ende geführt. Die Ueberführung und schlechte Lage der Postunterbeamten wurde abermals insbesondere vom Genossen *Vebe* anschaulich beleuchtet. Den reaktionären konservativen-ultramontanen Bananen, die bekanntlich in der Verwendung von Geldern für wahrhaft kulturwidrige Zwecke nimmer satt sind, aber bei Kulturzwecken dienenden Banlichkeiten gespart sehen wollen, trat Genosse *Singer* mit der Bitte entgegen, bei den Militär- und Marine-Etats zu sparen, wo recht viel zu sparen ist. Der Etat der Reichsdruckerei gab dem Unterstaatssekretär *Fischer* Gelegenheit, dem nationalliberalen Professor Abgeordneten *Haffe* über einfache gesetzliche Bestimmungen, die dem Herrn Gelahrten unbekannt geblieben waren, Auskunft zu geben. Der Etat des Reichstags wurde debattellos genehmigt. Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei gab dem Abg. *Barth* (fr. Bg.) Gelegenheit, in einer sachlichen, mit Humor und Sarkasmus gewürzten Rede die Regierungen nach ihrer jetzigen Stellung zum Bimetallismus und zur Währungsconferenz zu befragen und dabei mit den Silberleuten liebenswürdig-grob ins Gericht zu gehen. Der Reichskanzler erhob sich und erklärte etwa, daß er in einiger Zeit über die Stellung der Regierungen zur Währungsfrage Auskunft zu ertheilen gedente. Dierauf ergriff natürlich Silberkardorff das Wort, um in alter langweiliger Weise seine alten abgedroschenen Redensarten zu wiederholen. Daß seine Plattheiten noch überoffen werden könnten, bewies der konservative *Limburg-Stirum*. Dieser konservative Führer sprach außerdem noch seinen Schmerz über den russischen Handelsvertrag aus. *Barth* hielt darauf den Herren *Kardorff* und Genossen noch eine kleine Vorlesung. *Kardorff* gerieth darob in solche Wuth, daß er den Abgeordneten *Barth* bedingt einen „infaunen Lügner“ nannte. Diese bodenlose Unverschämtheit des Vertreters der Silber- und Junker-Interessen veranlaßte den Abg. *Barth* zu der Behauptung, daß das eine Grobheit und Unverschämtheit sei, die er sich nicht gefallen lasse. Da der Herr Präsident nicht feststellen konnte, welcher von beiden der Schuldige sei, so gab er beiden je einen Ordnungsruß. Der Etat des Reichskanzlers wurde dann zu Ende geführt. Nächste Sitzung: Etat des Reichsamt des Innern, morgen um 1 Uhr.

Am dem Präsidenten des Reichstags näherten die Nationalliberalen herum, weil er in keiner Sitzung des Reichs-Jubeltags gedacht hat. Diese charakterlosen Burtschen verlangen wohl, daß die Katholiken den Reichs-Kulturkampf bejubeln sollen? Wenn die Katholiken ein so biegsames Bückgrat hätten, wie die nationalliberalen Mannesleuten, und dieselbe Fähigkeit, die Gesinnung zu wechseln, dann allerdings würden sie es ja wohl thun. Vielleicht hätte Herr *Buol* am 17. oder 20. d. Mts. doch ein paar förmliche Worte gesagt, aber da Leute im Reichstage sind, die vermuthlich protestirt hätten, so war er so klug, es zu unterlassen.

Ueberhaupt haben die Nationalliberalen jetzt fortwährend etwas an dem Präsidenten zu tabeln. Er soll Mißgriffe begehen. Und das ist richtig. Allein er begeht nicht mehr Mißgriffe, als frühere Präsidenten, namentlich nicht mehr als sein Vorgänger, mit dem er aber auch die gute Eigenschaft gemein hat, sich nicht als unsehbar hinzustellen und einen Irrthum, wenn erkannt, sofort zu verbessern. Jedemfalls hat er das Bestreben, unparteiisch zu sein. Die Herren Nationalliberalen haben beiläufig am wenigsten Ursache, sich als Richter aufzuspielen. Denn die beiden nationalliberalen Präsidenten: *Simon* und *Jordan*, waren die schlechtesten und parteiischen Präsidenten, die der Reichstag gehabt hat.

einen Seite *Jung-Siegfried*, der Sonnenheld, auf der anderen das elle Gewärm, das ihn zu vernichten strebt. Vor der philiströskindischen Anschauung scheint *Wildebruch* da nicht zurück. Sein König *Heinrich* ist eine Advenatur; schon der zehnjährige Knabe im Vorpiel zeigt seine Tugenden, der junge Herrscher ist mächtig von seinem königlichen Amt durchdrungen. Des Königs Wille ist Deutschlands Gesetz und Königsstreue Deutschlands Religion, ruft er mehrfach aus. Aber sein rauber Herrschen wird im harten Unglück milder; und als in der Weihnacht der verkehrte, vom Vannsuch getroffene König die Liebe seiner treuen Gattin erkennt, und als die Kindlein von Worms aus Geseiß ihrer Eltern gar mit Weihnachtsgeschenken kommen, da schmilzt des Königs Hochnuth in Milderung. Nicht ein Fürst der Gewalt, ein Fürst des Friedens will er werden. Seine Königserhebung ist auf sentimentalische Weise, die das Publikum zum Schluchzen brachte, beendet und er beschließt, nach *Canossa* zu gehen. So wird mit weichen Sentiments Weltgeschichte auf den Brettern erklärt.

Der *Wildebruch'schen* Rhetorik weiß *Sommerhoff* (König *Heinrich*) Schwung und Glanz zu verleihen; Herr *Krause*, der klare, eindringliche Sprecher, gab den *Papst Gregor*.

Im *Alexanderplatz-Theater* ist die Aufführung der neuen Operette *Paris von Hans Löwenfeld* wegen Erkrankung einer Mitwirkenden bis zur nächsten Woche verschoben worden.

Ueber die Anwendung der Röntgen'schen Strahlen in der wundärztlichen Praxis theilt die Londoner medizinische Zeitschrift „Lancet“ den folgenden interessanten Fall mit: Im Londoner St. Spital liegt schon seit Monaten ein *Mattrose* krank darnieder, dessen Extremitäten sich im Zustande vollkommener Erstarrung befinden. Er kann weder gehen, noch stehen, noch vermag er auch mit den Händen etwas zu greifen. Vor Monaten hatte man ihn betrunken ins Spital gebracht. Auf dem Rücken, in der Gegend der Wirbelsäule, war eine kleine blutende Wunde zu sehen, die indes schon nach einigen Tagen wieder verheilte, während der Kranke selbst gelähmt blieb. Alle bisher angewandten Heilversuche erwiesen sich als fruchtlos. Dr. *Williamson*, der Primärarzt der betreffenden Spitalabtheilung, kam nun, als er von den Röntgen'schen Experimenten las, auf die Idee, in der beschriebenen Weise mehrere Rückenpartien des Kranken

Der 18. Januar: Artikel des „Vorwärts“ ist von unseren Genossen im Ausland, namentlich in Frankreich sehr lebhaft begrüßt worden; und die „Petite Republique“ widmet ihm eine längere Betrachtung. Nicht im französisch-chauvinistischen Sinn, wie unsere Herren Chauvinisten den französischen Sozialisten anzudeuten für gut halten, sondern als Waffe gegen den französischen Chauvinismus. In Frankreich verfolgt nämlich die Bourgeoisie genau dieselbe Taktik wie in Deutschland, das heißt, sie beschuldigt die Sozialisten des Vaterlandslosigkeit und hält ihnen den Patriotismus der Sozialisten des Auslands als Muster vor. In den Organen der französischen Bourgeoisie sind wir deutsche Sozialdemokraten Chauvinisten der schlimmsten Sorte, die den Internationalismus bloß vorpiegeln, um die französischen Sozialisten zu beschwindeln und zu entwaffnen und dann im deutschen Soldatenrock über das arglose, in Sicherheit gewiegte Frankreich herzufallen. Das ist in so ziemlich allen französischen Bourgeoisblättern zu lesen; und um diesen Blödsinn glaubhaft erscheinen zu lassen, werden die fabelhaftesten Dinge über uns erfunden, Neuerungen entstellt und verdreht u. s. w. Jetzt war behauptet worden, das Reichsjubiläum sei in Deutschland von den Sozialdemokraten, die sich der kaiserlichen Gnade empfehlen wollen, mit dem größten Enthusiasmus gefeiert worden. Da solche Nachrichten gesüßlich unter den Arbeitern verbreitet werden, so begreift es sich, daß den französischen Genossen viel darauf ankam, den Inhalt unseres Artikels zum 18. Januar in den weitesten Arbeiterkreisen bekannt zu machen. —

Wie der Bund der Landwirthe sich rekrutirt, verräth uns eine Mittheilung des *General-Anzeigers für Niederösterreich*. Danach äußerte auf einer in Halberstadt abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirthe der Vorsitzende des sächsischen Provinzialverbandes, Rittersgutsbesitzer und Amtsvorsteher *Schirmer-Reuhaus*:

„Jeder soll Mitglied des Bundes werden, Bauer, Knecht und Nachtwächter; und um das zu ermöglichen, müsse man in die einzelnen Dörfern Versammlungen einberufen, einfach die Saalthür zuschließen, und dann solle jeder der Teufel holen, der nicht mit unterschreibt. Er und ein Herr *Major v. Busse* hätten es so gemacht, auch habe er als Amtsvorsteher seinem Schulzen gesagt, er sei nicht werth, Schulze zu sein, wenn er nicht Mitglied des Bundes würde.“

Das ist ja eine ganz vorzügliche Methode, den freiwilligen Beitritt zu erzielen. Der Herr Rittersgutsbesitzer *Schirmer* scheint sich die Anregung dazu aus „Piccolomini“ geholt zu haben. Da wird sich wohl unter den Knechten und Nachtwächtern kein einziger *Max Piccolomini* finden, der die Unterschrift verweigert, wenn ihn der Rittersgutsbesitzer mit einem „Schreib Judas! Sonst soll Dich der Teufel holen!“ anbittelt.

In ähnlicher Weise sind auch die 200 Hilsbesheimer *Remonirbauern* zu einer Dankadresse an Herrn v. *Böhm* bewogen worden. In Algemessen wurde nämlich eine Versammlung abgehalten und da wurde schlaunweg diese Adresse vom Vorsitzenden dekretirt.

Es wird jetzt fortwährend darüber noch hin- und herdentirt, ob Herr v. *Hammerstein-Boixten* wegen seines Ausfalls gegen die *Agarier* von Kaiser begnadigt oder getödtet worden sei. Der „Hamb. Corresp.“ berichtet jetzt, die Geschichte von dem Häffel sei völlig grundlos. —

Herr *Stöcker* hat in der „Evangel. Kirchenzeitung“ gesprochen über das was, der *Elfer-Ausschuss* der konservativen Partei und das, was das „Volk“ dazu gesagt hat. Nichts kennzeichnet das, was er gesprochen hat, besser, als daß seine Worte von den Nächstinteressirten, den konservativen Blättern aller Schattirungen ganz verschieden aufgefaßt werden. Die einen sagen: er giebt dem „Volk“ den *Knapsack*; die anderen sagen ganz das Gegentheil. Wir werden nur den Schluß seiner Kritik des „Volks“ hier anführen:

Was das Politische betrifft, so halte auch ich die grundsätzliche Opposition gegen eine mittelparteiliche Politik, welche konservative Männer und Prinzipien verbraucht, für den einzig richtigen Standpunkt. Dagegen habe ich es am Volk seit Jahr und Tag scharf gemißbilligt, daß dies Volk öfter als der Freund unserer Freunde und als der Feind unserer Freunde erschien. Es kritisirte die Konservativen mit unnöthiger Schärfe und ließ es am Kampfe gegen Freisinn und Sozialdemokratie fehlen, so daß die Meinung aufkommen konnte, es sei ein Begruer der konservativen Partei. — Was das eigentlich Soziale betrifft, so wird in konservativen Kreisen die Meinung gehegt und die Behauptung ausgesprochen, das „Volk“

zu photographiren, und da gewährte er auf dem Bilde zwischen dem letzten Rücken- und dem ersten Kreuzwirbel einen Fremdkörper, dessen Beschaffenheit er sich nicht zu erklären vermochte. Er machte also an der betreffenden Stelle einen Einschnitt und fand zwischen den Wirbeln einen Messerstingel so stark eingezwängt, daß sie förmlich herausgestemmt werden mußte.

Nationalekonomische Vortragskurse in London. Unser Londoner Korrespondent möchte vor allem die Londoner Leser des „Vorwärts“ darauf aufmerksam machen, daß von der „School of Economics and Political Science“ für das Frühjahr 1896 ein Kursus von sechs Vorlesungen über die deutsche Sozialdemokratie eingerichtet worden ist. Diese Vorlesungen finden vom 6. Februar an regelmäßig Donnerstags abends 8 Uhr statt, und zwar vorerst in der „Society of Arts“, John Street, Adelphi, Strand. Vortragender ist der Herr *Berrand Russell*, Master of Arts and Fellow of Trinity College, Cambridge. Derselbe hat Deutschland wiederholt besucht und sich das Studium der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer Grundfage und Politik zur besonderen Aufgabe gemacht. Er sieht der Partei in verschiedenen Punkten kritisch gegenüber, was natürlich, da eine durchaus sachliche Kritik zu erwarten ist, den Vorträgen nichts an Interesse nimmt. Ein detaillirter Prospekt („Syllabus“) wird demnächst im Druck erscheinen und ist durch den Sekretär der *School of Economics* (John Street 2c.) zu beziehen. Die Eintrittskarte für sämtliche 6 Vorlesungen kostet 6 Schillinge.

Die „Schule für Oekonomie und Staatswissenschaften“ ist von der „Fabian Society“ mit dem Gelde, das ihr ein wohlhabendes Mitglied hinterlassen (gegen 200 000 M.) gegründet worden. Sie soll lernesperigen Angehörigen aller Gesellschafts-klassen, denen die Zeit und die Mittel zum Besuch der Universität fehlen, die Möglichkeit bieten, gegen mäßiges Honorar Vorträge und Uebersetzungen über die verschiedensten in das Gebiet der genannten Wissenschaften gehörigen Gegenstände zu besuchen. Die Dozenten sind Männer von Fach, die sich schon anderwärts als solche bewährt haben, wie Professor *Munro* von *Owens College*, *Manchester*, Professor *Bozwell* von *University College*, London, Herr *Grham Wallas* und Herr *W. A. S. Jen* (letzterer der Direktor der Schule) von der *University of London*. —

Kunst und Wissenschaft.

Heinrich und Heinrich's Geschlecht heißt die neueste Historie *Wildebruch's*, deren erster Theil die Tragödie „König Heinrich“ am Mittwoch unter rauschendem Beifall zum ersten Male im Berliner Theater aufgeführt wurde. Der Dichter der zweiten Teil soll im Laufe dieser Saison noch folgen. Die Entstehung der *Wildebruch'schen* Tragödie soll in die Zeit reichen, da wir noch mitten im Kulturkampfe standen. Danach hätte man es mit einem Jugendwerk *Wildebruch's* zu thun, mit dem der Verfasser aber erst jetzt und offenbar in einer Neubearbeitung an die Öffentlichkeit tritt. An die Jugendart *Wildebruch's* mahnt auch das volltönende theatralische Pathos, das im *König Heinrich*, dem Bühnen von *Kanossa*, das Ohr des Hörers stärker trifft, als es in den letzten Dramen *Wildebruch's* der Fall war. Auf eine Neubearbeitung und ein Ausmerzen aller grell kulturkämpferischen Kraftspitzen darf man zunächst aus der Gestalt des Papstes *Gregor* schließen, einer Charakterstudie, so verworren, wie sie selbst bei *Wildebruch*, dessen schwächste dichterische Seite das Charakterisirungsvermögen ist, selten wäre. Vielleicht ist dieser Papst als böhartiges Ungeheuer gedacht, das im Plebejertrope und Reid, aus innerer Gemeinheit, sich gegen die Sonnen-Majestät des Königs empürt. Dann erinnerte sich der Dichter an die Pflicht poetischer Objektivität, und dem Bilde des Papstes wurden Zuge eines adligen Schwärmers und heroischen Fanatikers aufgetragen. Dies Alles giebt keine konspizente Menschennatur, es läuft rein äußerlich nebeneinander her.

Eine neue Seite seines hervorragend theatralischen Talents offenkundig *Wildebruch* im „König Heinrich“ nicht. *Wildebruch's* Gelden sind die richtigen Theaterprinzen; und wenn ihr Inneres dem wachstücker Automaten gleiche, nach außen stolzen sie immer im Purpur und Hermelin. Aber im Wettkampfe der Dichter gab das Publikum dießmal dem Theatraliker vor den feineren Menschendarstellern den Preis, die nicht genug darauf achteten, daß die Bühne eben etwas von dem theatralischen Drausgängerthum eines *Wildebruch* brauche.

An vorwärts treibende Kräfte unserer Zeit rührt *Wildebruch's* Tragödie nicht und der große kulturgeschichtliche Gegensatz der römisch-deutschen Kämpfe wird kaum schwach angedeutet. Darin ist *Wildebruch* stets unfagbar naiv geblieben: auf der

stehe auf dem Standpunkt der „Jungen“ oder begünstige sie. Das ist meines Erachtens nicht richtig; das „Volk“ hat das christlich-soziale Programm, auch das neue, beifällig anerkannt und vertheidigt. Aber es hat die schweren Irrthümer der „Jungen“ nur flüchtig gemildert, nie grundsätzlich und andauernd bekämpft. Das letztere aber ist gegenwärtig notwendig, um den alten christlich-sozialen Gedanken vor Missverständnissen und Mißdeutungen zu bewahren. — Nach beiden Richtungen, der konservativen wie der jüngeren christlich-sozialen, wird das „Volk“ seine Frontstellung berichtigen müssen, wenn es in der allgemeinen sozial-konservativen Bewegung Nutzen schaffen und segensreich wirken soll. Das dies bald geschieht, liegt ebenso in unserem wie in konservativen Interesse. —

Verichtigt das „Volk“ seine Frontstellung nicht, dann kann Adolf seine Hände in konservativer Unschuld waschen und mit einem Blick nach oben sagen: „Ich habe das Meinige gethan! Graf Simburg-Stirum thun Sie das Ihre!“

Der Neger als thierischer Motor. Leist und Wehlan haben noch nachträglich eine indirekte offizielle Rechtfertigung erfahren. Zu der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95 heißt es auf S. 83 bei der Besprechung der Transportmittel in Deutsch-Ostafrika wörtlich:

„An thierischen Motoren stehen außer dem Neger in Ostafrika zur Verfügung der Ochse und der Esel bezw. das Maulthier.“

Also der Neger wird in der amtlichen Denkschrift der Kolonialverwaltung mit dem Vieh auf eine Stufe gestellt. Dies klassische Eingeständnis der amtlichen Auffassung vom Neger ist von irgend einem Kolonial-Bureaunkrassen formuliert und von den sämtlichen übrigen Kolonial-Bureaunkrassen, die so eine Denkschrift durchzusehen und zu genehmigen haben, anstandslos angenommen worden. Darin liegt die Bedeutung dieser gemüthvollen amtlichen „Feststellung“ vom Werthe des Negers als thierischer Motor. Wenn wir übrigens vorher sagten, Leist und Wehlan hätten dadurch eine indirekte offizielle Rechtfertigung erfahren, so müssen wir das allerdings etwas einschränken; denn wir glauben immerhin nicht, daß selbst der fragliche Kolonial-Bureaukrat ein billigen würde, wenn „dem Ochsen und dem Esel bezw. Maulthier“ der Rücken zu rohem Beestick mit der Mißserdeißigkeit zerklüpelt würde.

Die Denkschrift schweigt übrigens beziehungsweise über die Kulturthaten des Leist und Wehlan sich schamhaft aus. Es wird nur mitgeteilt, daß mit dem System der sogenannten Pfandweiber, also der Schuldnecht-schaft gebrochen worden ist; aber welcher Mißbrauch damit getrieben ist, davon findet sich kein Wort im Bericht, ebenso wenig auch, daß Assessor Wehlan die körperliche Züchtigung als Besserungsmittel gegen säumige Schuldner, sowie als Mittel zur Expression von Geständnissen gewissermaßen amtlich amwandte und sich vor Gericht darauf berief, daß er sich damit nur an die bisherige Uebung halte. Nur immer vertuschen, was dem Publikum anstößig erscheinen könnte — das scheint nach altem bureaukratischem Brauch auch in Afrika die Lösung bureaukratischer Kultur-träger zu sein. —

Russisch-türkisches Bündniß? Ein englisches Sensationsblatt, die „Pall Mall Gazette“, hat die Nachricht in die Welt gesetzt, daß die Türkei sich vollständig in die Arme Russlands geworfen und dem Jaren das Recht eingeräumt habe, überallhin in der Türkei Truppen marschieren zu lassen. Das würde auf einen politischen Selbstmord der Türkei hinauskommen und deshalb erscheint die Geschichte höchst unglaubwürdig. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Frankfurt a. O. hat die Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Fritz Hansen aus Berlin ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Das Vergehen soll Genosse Hansen in einer Versammlung des dortigen sozialdemokratischen Arbeitervereins begangen haben. —

In Halle stand am 21. Januar wegen Prinzenbeleidigung nach dem § 97 des Str.-G.-B. (Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses), unter Anklage der Schuhmachermeister Karl Porwoll, geboren in Pöschel, 42 Jahre alt. Als seitens der Staatsanwaltschaft bei Beginn der Verhandlung ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gestellt wurde, da durch die öffentliche Verhandlung möglicherweise die öffentliche Ordnung gefährdet werden könne, protestirte der Angeklagte gegen den Ausschluss mit dem Bedeuten, daß jeder hören könne, was er gesagt habe. Der Gerichtshof verbandete aber den Ausschluss der Öffentlichkeit. Nach Wiederherstellung derselben wurde die Verhandlung behufs Labung einiger Zeugen vertagt. Wie nachträglich mitgeteilt wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Kleinigkeit von einem Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt. Denungst worden war der Angeklagte durch den Schreiber Hohmuth aus Halle, ein Mann, der früher Polizeisergeant gewesen ist. —

Deutsches Reich.

— **Sonntagsruhe auf den preussischen Eisenbahnen.** Nachdem der Wagenmangel nimmere größtentheils beseitigt ist, soll die Sonntagsruhe im Güterverkehr der preussischen Staatsbahnen demnächst wieder im früheren Umfang hergestellt werden. —

— **Der Verein Berliner Presse hat gestern auf Antrag des Herrn Volkroth eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, zur Verhütung der Zulassung von Petitionen an den Reichstag zu richten wegen Beseitigung des so genannten Gerichtsstandes der Presse.** Es soll gefordert werden, daß die Verfolgung von Pressevergehen nur am Erscheinungsort der Zeitung anhängig gemacht werden kann. —

— **Eine Verichtigung zum Parlamentsbericht vom 22. d. M.** versendet das Oldenburg'sche Bureau: In den Ausführungen des Abg. v. Ardenne ist gegen den Schluß hin durch Ausfall eines Satzes und durch einen Schreibfehler eine Unrichtigkeit enthalten. Es muß heißen:

„Der Ober-Ausschuß hielt am 6. Juli eine Sitzung ab, weil die „Kreuz-Zeitung“ ihn — Hammerstein — immer noch zeichnen ließ; das Kuratorium wurde aufgefordert, zu erklären, daß Hammerstein keinen Einfluß auf die „Kreuz-Zeitung“ mehr ausübe. Wenn das Komitee diese Erklärung nicht abgibt, dann werde der Ober-Ausschuß eine Erklärung erlassen, worin er jede Beziehung zur „Kreuz-Zeitung“ ablehnt. Danach trifft also (statt a l e i n) die Leitung der Partei an der Verschleppung der Sache keine Schuld.“

— **In ein Hochruf auf die „revolutionäre“ Sozialdemokratie großer Unfug?** Vom Württemberg'schen Schöffengericht war in der Sitzung am 18. Dezember v. J. der Schuhmachermeister Karl Gösser aus Blumenau wegen großen Unfugs zu zwei Wochen Haft verurtheilt worden; gegen dieses Erkenntniß legte der Verurtheilte Berufung ein, weshalb sich die

sogenannte kleine Strafkammer zu Schwaiblmüh am 20. Januar mit der erneuten Beweisaufnahme zu beschäffigen hatte. Der Gerichtshof erkannte dahin: Das Urtheil des Schöffengerichts wird aufgehoben und der Beschlagte von der Anklage des großen Unfugs freigesprochen, die Kosten erster und zweiter Instanz werden der Staatskasse auferlegt. — Die Strafkammer war mit dem Schöffengericht der Ansicht, daß der Hochruf auf die „revolutionäre“ Sozialdemokratie unter Umständen wohl einen großen Unfug darstelle. In dem vorliegenden Falle sei aber das Publikum nicht belästigt, benehrt oder gestört worden, mithin müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

— **Für den Befähigungsnachweis der Handwerker** will die sächsische Regierung nach einer im Landtag jetzt abgeordneten Erklärung stimmen unter der Einschränkung, daß die Anwendung eines derartigen Befehrs den Einzelstaaten überlassen werde. Wenn die Reichsgesetzgebung den Befähigungsnachweis in diesem Sinne zulasse, so werde die sächsische Regierung von der erteilten Bewilligung doch nicht ohne weiteres und allgemein Gebrauch machen, sondern erwägen, ob und in welcher Ausdehnung sie anzuwenden sei. —

Naumburg, 23. Januar. Die Revisionserhandlung des Oberlandesgerichts in Sachen des Redakteurs Hülle von der „Lehrertribüne“ gegen den Ersten Staatsanwalt Lorenz am Landesgericht Erfurt ist vertagt worden, weil Hülle die Mitglieder des Gerichtshofes als besangen ablehnte.

Koburg, 19. Januar. Bedingte Begnadigung. Gleichzeitig mit der schon erwähnten Amnestie ist in unserem Herzogthum eine Aussetzung der Strafvollstreckung angeordnet für diejenigen Verurtheilten, für die bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann. —

München, 23. Januar. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Unsere Genossen im Landtage brachten heute folgenden Antrag ein: Die Kammer wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung sei zu ersuchen:

1. bei künftigen Aufstellungen von Assistenten der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion auch geeignete Personen aus dem Arbeiterstande zu berücksichtigen, sowie
2. in den Etat der nächsten Finanzperiode eine Forderung für die Anstellung von zunächst einem weiblichen Assistenten einzustellen.

Oesterreich.

— **Im niederösterreichischen Landtag** wurde von den Antisemiten anlässlich eines Dringlichkeitsantrages des Abg. Zuerer auf ungefähre Vornahme der Wiener Gemeinderathswahlen eine stürmische, von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Regierung strotzende Debatte veranlaßt. Zuerer bezichtigte die Regierung der Willkür und fortwährenden Gesetzwidrigkeit. Die Jungtschechen wurden einstweilen als eine Sonderpartei betrachtet, jetzt werden sie zu den Postfakteln beigezogen; er warnt, die Krone als Agitator zu verwenden. Abg. Pachter sagt, die Regierung sei bereits zur gewohnheitsmäßigen Gesetzwidrigkeit gelangt, sowie der Landesgerichts-Präsident Holzinger als gewohnheitsmäßiger Justizmörder in der ganzen juristischen Welt bezeichnet werde. Redner behauptet, dem Polen Boden Hochverrath nachweisen zu können. Der Dringlichkeitsantrag wurde, wie schon gemeldet, mit den Stimmen der Liberalen und der Großgrundbesitzer abgelehnt.

Frankreich.

— **Ueber die neue Einkommensteuer**, wie das Ministerium Bourgeois sie plant, erzählt der „Temps“, daß die Einkünfte unter 2500 Fr. frei, diejenigen von 2500 bis 50 000 Fr. einer Progressivsteuer von 1-5 pCt. und diejenigen über 50 000 Fr. einer solchen von 5 pCt. unterworfen sein werden. Die neue Steuer tritt an Stelle der persönlichen Mobiliar- und der Thür- und Fenstersteuer. Die sogen. Patent- und die Grundsteuer bleiben bestehen.

— **Unser Genosse Vaillant begründete** in der Kammerung von Dienstag (21. d. M.) eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit. „Es ist unumgänglich“, sagte Redner, „daß sich die Kammer mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge beschäftigt und nach Mitteln zur Abhilfe sucht. Die Arbeitslosigkeit existirt erst seit Errichtung des kapitalistischen Regimes (Ausrufo.) Die Einführung der Maschine in die Werkstätten ist der hauptsächlichste Faktor des Uebels. Die Gewinnucht der Arbeitgeber hat die Arme der Arbeitslosen erzeugt. Die Arbeitslosigkeit wird erst mit dem kapitalistischen Regime verschwinden, doch kann man schon jetzt auf Verminderung ihrer Folgen sinnen. Zunächst muß eine Statistik die genaue Zahl der Arbeitslosen und die Umstände, unter welchen sie arbeitslos wurden, feststellen, wie eine solche in England besteht, wo die Obrigkeit sich sorgfamer mit dieser wichtigen Frage beschäftigt, als in Frankreich. Der höhere Arbeitsthat erstrebt, wie es scheint, eine derartige Untersuchung, doch nicht umfassend genug. Sie muß permanent sein und auf alle Arbeiterkategorien angewendet werden, wie dies im Kantone St. Gallen der Schweiz der Fall ist. Die Versuche der Unterschätzung durch die Arbeiter selbst können nicht genügen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit hinlänglich abzuwehren“ (Nante Unterhaltung einiger Parlamentenmitglieder unterbricht den Redner). Abg. Habert (Sozialist): „Wenn man von Thalern redete, würden sie arbeitslos werden“. Vaillant fährt aus, daß dies ein Mittel, der Arbeitslosigkeit zu steuern, darin besteht, den Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Redner hofft, daß die Arbeitskommission ihre diesbezügliche Diskussion beschleunigt und verlangt von der Regierung die weitestgehende und vollkommenste Freiheit für die Arbeitersondirats (Gewerkschaften), sowie die Errichtung von Arbeitsbüros in allen größeren Industriestädten, desgleichen die Gründung einer Hilfs- und Versicherungsgesellschaft für Arbeitslose, wie eine solche in St. Gallen besteht. Vaillant schließt mit der Erklärung, daß die von ihm gemachten Vorschläge nicht definitiv sind. „Die definitive Lösung der Frage kann allein die Revolution bringen.“ (Beifall auf der äußersten Linken.) Handelsminister Mesureux antwortete, die Regierung werde thun, was sie thun könne. Sie könne aber nichts thun, was gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstoße. Hierauf nahm die Kammer mit 408 gegen 88 Stimmen eine Tagesordnung an, die diese Erklärung billigte. Wenn die Bourgeoisblätter nun glauben, die Sozialisten würden nun auf den Sturz des Ministeriums Bourgeois hinarbeiten, so irren sie sich sehr. Das ist keineswegs sozialistisches ist, daß haben sie von Anfang an gewußt und verlangen von ihm auch gar keine sozialistischen Maßregeln, die gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstoßen. Das wäre ja auch eine grenzenlose Naivetät. —

Paris, 23. Januar. Die von den 21 Abgeordneten und Senatoren gegen die „France“ wegen Verleumdung und Veröffentlichung ihrer Namen in der Liste der 104 angeklagten Prozesse werden voraussichtlich am 16. Februar vor dem Schwurgericht der Seine beginnen. Die Anklagekammer hat beschlossen, daß sämtliche 21 Prozesse hinter einander vor einem Gericht zur Verhandlung kommen sollen. Die Vertheidigung der „France“ hat der ehemalige Polizeipräsident Andrieux übernommen. —

Paris, 23. Januar. Wie aus London gemeldet wird, wurde auf dem Dampfschiff „Formidable“ beim Abfertigen einer Kanone infolge eines Fehlers am Geschoh ein Kanonier getödtet, ein zweiter schwer verletzt. —

England.

London, 23. Januar. Bei der Wahl zum Unterhause in Belfast siegte der Kandidat der Konservativen, Sir James Hailet, mit einer Majorität von 161 Stimmen über Turner, den Kandidaten der irischen Unabhängigkeitspartei.

— **Prinz Heinrich von Battenberg** ist als bisher einziges Opfer des Aschanti-Krieges am Fieber gestorben. Er war ein jüngerer Bruder des Prinzen Alexander, späteren Fürsten von Bulgarien, und heirathete 1885 die jüngste Tochter der Königin Victoria von England, die Prinzessin Beatrice. Es wurde in England viel Aufhebens davon gemacht, daß der Schwiegersohn der Königin mit in den Krieg gegen die Aschantis zog, obwohl man doch im Voraus wußte, daß ernsthafte Kämpfe dort nicht zu erwarten waren, wohl aber Schwierigkeiten beim Marsche ins Innere. Der Prinz wurde denn auch sehr bald vom Fieber ergriffen, kehrte nach der Küste, nach Cape Coast Castle zurück und verstarb auf dem Schiffe, das ihn heimbringen sollte.

Ein eigenartiges Zusammentreffen ist es, daß den Gatten der Prinzessin Beatrice ein ganz ähnliches Schicksal ereilt hat, wie den Prinzen Napoleon (Juliu), der darauf rechnete, die Prinzessin Beatrice zu heirathen, deshalb am Juli-Krieg in Südafrika sich betheiligte und bei einem Patrouillenritt von den Julis überfallen und mit Speeren getödtet wurde. —

Türkei.

Konstantinopel, 23. Januar. (C. N. of G.) Die armenische Nationalliga, der Huntschach, welche eine Ari-Geheimbund bildet, verlangte am Dienstag durch eine Deputation von dem reichen armenischen Bankier Garguejoglon zehntausend Pfund türkisch und einsernte sich, als er sich weigerte, dem Verlangen nachzukommen, unter Probrungen. Geführt wurde der Bankier bei hellem Tage auf der Straße in Pera erschossen.

Stumm kontra Pastor Köhlsche.

Aus Sangerhausen wird uns, datirt vom 23. Januar, gefchrieben:

Ein Privat-Beleidigungs-Prozess, der lebhaft an den im Juni 1891 stattgefundenen Hochfurter Steuerprozess erinnert und schon mit Rücksicht auf die in betracht kommenden Persönlichkeiten großes Aufsehen machen dürfte, gelangt heute vor dem Schöffengericht des hiesigen königl. Amtsgerichts zur Verhandlung. Im März 1898 erschien im Verlage von Reinhold Werber in Leipzig eine von dem Pastor Köhlsche hieselbst verfaßte Broschüre unter dem Titel: „Offener Brief an den Herrn Reichstags-Abgeordneten, Geheimen Kommerzienrath Freiherrn v. Stumm und Genossen, von Hermann Köhlsche“. Der Verfasser, der sich zur christlich-sozialen Partei Naumann'scher Richtung bekennt, wendet sich in dieser Broschüre in einem „offenen Brief“ an den Freiherrn v. Stumm und bemerkt in demselben in der Einleitung: „Wir Christlich-Sozialen sind an einem Wendepunkt unserer Entwicklung angekommen, wie sich das bald immer mehr zeigen wird. Wir galten bisher — namentlich die evangelischen Arbeitervereine — als eine Beschäftigungspartei, als eine Partei, die einen Kampf gegen die Sozialdemokratie bilden soll, die nebenbei auch unschuldige sozialpolitische Vorträge an der Hand eines patriarchalischen Kompendiums halten mochte. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, eine reine Arbeiterpartei zu werden, die die Interessen der Arbeiter mit derselben Unerschrockenheit vertritt, wie die Sozialdemokratie. Wir werden aus Schlepenträgern der Herren von „Bildung und Verstand“ zu ihren Gegnern. Ja, wir werden bald schlimmere Gegner sein als die Sozialdemokraten. Wir richten unseren Brief an Sie, hochgeehrter Herr, als den entschiedensten unserer Gegner, berühren aber auch einige Neuerungen Ihrer Heferscheiter. Ihren Unwillen hat unsere Sache zuerst erregt bei der Bildung des christlichen Gewerkschafens der Bergleute in Rheinland und Westfalen. Der zweite Stein des Anstoßes waren Vorgänge in Ihrer Primalth, im Saargebiet. Zum Ueberlaufen kam der Groß im Reichstage. Daher soll mein Brief sich hauptsächlich um diese drei Punkte drehen. Das gerade jetzt Ihr Horn uns Christlich-Soziale getroffen hat, liegt in unserer energischeren Aktion, die freilich schon längst vorbereitet ist, namentlich durch Schaffung eines Programms im Jahre 1892. Dagegen ist nicht erst seit dem letzten Monaten, sondern schon von jeher von Ihnen jede selbständige Arbeiterbewegung, auch die maßvollste bekämpft worden. Schon im Jahre 1887 versuchten Sie den Mann, der evangelische Arbeitervereine im Saargebiet zu gründen unternahm, um sein Brot zu bringen; und Ihr Verdienst war es nicht, wenn Ihre Denunciation bei dem Arbeitgeber nicht den erwünschten Erfolg hatte. Als dann die evangelischen Arbeitervereine in Ihrer Primalth trotz Ihres Widerspruchs, unter dem bedingtesten Eindrucke der Erfahrungen während des Streikjahres 1889/90 das Licht der Welt erblickten, da haben Sie Ihren Arbeitern den Wunsch kund gegeben, und das ist nach Lage der Dinge so gut wie befohlen, von diesen Vereinen sich fernzubalten, trotzdem dieselben gerade an der Saar einen außerordentlich friedlichen Charakter entfalteten und lediglich praktische Arbeit trieben, Sterbekassen gründeten, Bibliotheken einrichteten, Anzeigungen zu Haushaltungsschulen gaben und über Wohnungsverhältnisse verhandelten.“ An einer anderen Stelle der Broschüre heißt es: „Einst hat man Ihnen bisher immer nachgerühmt, ein außerordentlich wohlthätiger Arbeitgeber zu sein. Nun, ich bin auch in Neunkirchen gewesen, dem Orte, wo Ihr größtes Werk besteht. Aber von größeren Wohlthatenrichtungen, etwa wie bei Krupp in Essen, habe ich dort wenig gemerkt. Ich habe weiter nichts gesehen, als wenige bescheidene Arbeiterwohnungen. Man sagt, daß Sie schon sehr alte Kassen haben, von denen Ihrer Arbeiter. Mag sein. Unsere Großindustrie steht in dem Aufste: mit der einen Hand zu geben, mit der anderen zu nehmen. In Neunkirchen beriet man neulich über eine neue Gemeindesteuern. Sie kommen selten in den Stadtrat, Herr Freiherr, diesmal aber waren Sie da. Der Bürgermeißter schlug eine Erhöhung des Wassergeldes um einige Pfennige pro Kubikmeter vor. Ihnen lag daran, diesen Vorschlag auf alle Fälle durchzudrücken. Das große Stumm'sche Werk hat nämlich einen Vertrag auf viele Jahre mit der Stadtverwaltung abgeschlossen, welcher diese verpflichtet, dem Werke für einen bestimmten Preis das Wasser zu liefern. Der Vorschlag ging durch. Sie zahlten also von der neuen Steuer neuen Pfennig, da Ihnen der Preis vertragmäßig nicht erhöht werden darf. Die Zeitungen brachten kein Wort von diesen Verhandlungen, wohl aber davon, daß Sie zur selben Zeit einen erheblichen Betrag zur Erneuerung der evangelischen Kirche beigezeichnet haben. Neunkirchen ist gemeindlich in zwei Theile getrennt, in Ober- und Nieder-Neunkirchen. In Nieder-Neunkirchen steht Ihre Fabrik mit wenigen Beamtengebäuden. Da hier weder Kirchen noch Schulen stehen, so haben Sie sehr geringe Kommunalsteuern, während Ober-Neunkirchen mit den tausenden Ihrer Arbeiter die Lasten für Sie und Ihre Arbeiter ziemlich allein zu tragen hat. Ein wiederholt geplantes Vereinigung dieser beiden Orte haben Sie sich bisher mit Erfolg und mit Beiseitdrängung Ihrer Gegner widersetzt.“

Zweiter ist der Großkapitalismus aus einer eigensinnigen Laune heraus geradezu gegen den Fortschritt. Von Luisenthal fährt über Malhau. Burbach eine Dampf-Strassenbahn bis St. Johann und ein Stück darüber hinaus bis an die Stelle, wo das hochwürdige Schloss Gw. Hochwoblbereit in Sicht kommt. Es fehlt bis zum Dorfe Brebach eine Strecke von etwa 10 bis 15 Minuten. Lange sind schon verschiedene Interessenten bemüht, die Weiterführung der Bahn bis Brebach zu erlangen. Ganz Brebach wünscht die Verbindung. Immer ist die Sache hinferten gehalten worden, weil, wie der Volksmund sagte, v. Stumm und Böding befürchten, daß ihre Knutschpferde vor der Dampfbahn schreuen. Doch die Strassenbahn liegt nicht nach; sie trieb die Sache bis an den Kreisausschuß. Alle Vertreter

Reichstag.

22. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrath: v. Stephan. Das Haus setzt die Verathung des Etats der Postverwaltung fort beim Titel: Unterbeamte.

Abg. Webel (Soz.): Nachdem ich im vorigen Jahre aus Ueberdies die Verwendung von Postunterbeamten zum häuslichen Dienst für die Frau Postverwalter zur Kenntniß des Hauses und der Postverwaltung gebracht hätte, glaube ich, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden würde. Aber die Frau des genannten Postverwalters erklärte, die Abgeordneten sollten sich um andere Dinge kümmern; sie hätte, was sie wolle und der Mann thäte auch, was sie wolle. Die Unterbeamten müssen nach wie vor Semmeln holen u. s. w. Nebuliche Dinge würden von anderen Orten geholt. Die Unterbeamten beschwerten sich darüber nicht, weil sie in ihrer Beförderung und Anstellung und in ihren Gratifikationen von den Vorgesetzten abhängig seien. Redner bemängelt ferner, daß Unterbeamte zu Leistungen verwendet werden, für welche sie nicht angeeignet sind. Landbriefträger werden zur Bestellung von Paketen in der Stadt verwendet. Die Sonntagsruhe wird auch noch nicht überall genügend gehandhabt; der anwachsende Verkehr hat die Arbeitslast vermehrt, so daß sie nur durch Anstellung neuer Beamten überwunden werden kann.

Abg. Frank (Reform-P.): Die Sonntagsruhe wird nicht überall so gut beachtet, wie die Postverwaltung behauptet. Nach einigen Mittheilungen, die mir gemacht sind, wird in sieben Postämtern überhaupt kein freier Sonntag gewährt. Bei sieben Postämtern wird der zweite, bei 11 der dritte, bei 1 der vierte, bei 1 der fünfte, bei 1 der sechste Sonntag freigegeben. Da, wo der zweite Sonntag frei gegeben wird, wird keine Ruhezeit in der Woche gegeben.

Präsident v. Suol: Die Sonntagsruhe haben wir bei den früheren Titeln erledigt; ich bitte den Redner, nicht darauf zurückzukommen.

Abg. Frank (Reform-P.): Ich rede von der Sonntagsruhe der Unterbeamten.

Präsident v. Suol: Ich bitte nochmals, auf die Sonntagsruhe nicht zurückzukommen.

Abg. Frank: Ich spreche von der Sonntagsruhe der Unterbeamten, nicht von der der höheren Beamten, welche Sonntags höchstens arbeiten als Sonntagsjäger, wenn sie auf die Jagd geben. Wenn ich von der Sonntagsruhe der unteren Beamten nicht sprechen darf, dann will ich von ihrer Arbeitszeit sprechen. Hält die Postverwaltung diese Art der Sonntagsruhe und Wochenruhe für die Postbeamten für legal? Ich frage das um so mehr, als der Vertreter der Reichspartei v. Stamm erst untersucht hat, ob die Schäden, über welche die Beamten klagen, auch hier im Hause als Schäden angesehen werden. Wenn die Postverwaltung nicht freiwillig Wandel schafft, muß der Reichstag sie durch Resolutionen oder Anträge dringend dazu auffordern. Die Postverwaltung hat seit 25 Jahren Gelegenheit gehabt, dieser Frage näher zu treten, und doch ist sie noch nicht so nahe getreten, daß Wandel geschaffen ist. Danach ist der Standpunkt der Postverwaltung weit entfernt von dem gerechten Interesse für die Beamten. In einem Ort an der Weiser haben die Beamten schon lange genug nach Hilfe geschrien, sobald sie sich schließlich himmelschreiend an einen Höheren, an den Gott der Gerechtigkeit gewandt haben, der will, daß jeder Arbeiter seinen Lohn genieße. Die Postbeamten haben weder Ruhe in ihrer Familie, noch können sie den Gottesdienst besuchen. In dem mir zugegangenen Material aus jenem Ort heißt es: Ein Postbeamter könnte allerdings den Gottesdienst besuchen, wenn er nämlich in einer halben Stunde vom Bureau nach Hause gehen, sich umkleiden, Mittag essen und nach der Kirche gehen könnte. Wie wenig Verständnis für das religiöse Bedürfnis der Beamten herrscht, zeigt der Umstand, daß Herr Singer, ein Vertreter des mosaischen Glaubens, für die Sonntagsruhe eintreten mußte. Dieser Zustand paßt nicht in die Zeit der Erinnerung an die fünfzigjährige Wiederkehr des Gründungstages des Reiches. Der Generalpostmeister würde seinen Titel mit Ehren tragen, wenn er für die Sonntagsruhe einträte. Es wäre überhaupt besser, wenn er sich mit Weisern umgeben hätte und nicht mit Ministern juristischer Herkunft, die keine Fachkenntnis haben. Wenn der Generalpostmeister nichts weiter fertig bringt, als die Sonntagsruhe in den Verkehr hineinzubringen, dann hätten wir besser gar keine Postverwaltung.

Präsident v. Suol: Ich bitte den Redner nochmals, auf die Sonntagsruhe nicht näher einzugehen und mache ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen des weiteren Abschweifens aufmerksam.

Abg. Frank (Reform-P.): Ich bin dem Präsidenten dankbar für die Zurückweisung. Mein Abschweifen liegt vielleicht an meiner jungen parlamentarischen Erfahrung. (Heiterkeit.) Auf die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten will ich nicht eingehen, weil ich fürchte, daß der Präsident auch dabei ein Zurückgreifen auf die Generaldebatte verhindern würde. Ich will nur über die Kleidung der Unterbeamten einiges bemerken. Ich wünsche, daß die Postbeamten im Winter so gekleidet werden, daß ihre Gesundheit nicht geschädigt wird, ebenso im Sommer. Nur in zwei Fällen wird der Urlaub gewährt ohne Abzug vom Gehalt. Man versteht aber in Beamtenkreisen unter Urlaub eine Freigabe von der Arbeit ohne Abzug vom Gehalt. In diesem Sinne wird im allgemeinen ein Urlaub bei der Postverwaltung nicht gewährt.

Geheimer Oberpostroth Wittko: Ich muß ganz entschieden dagegen protestieren, daß die Postunterbeamten überbürdet sind. Es wird von Seite der Amtsvorsteher und der die Aufsicht führenden Organe dafür gesorgt, daß die Arbeitsleistungen der Unterbeamten sich in richtigen Grenzen halten. Beweis hierfür ist die Vermehrung der etatsmäßigen und die Verminderung der nicht-etatsmäßigen Stellen der Unterbeamten in den letzten 6 Jahren. Für 1896 stellt sich die Zahl der etatsmäßigen Stellen auf 43 778 — 69,62 pCt. der Gesamtzahl — und die Zahl der nicht-etatsmäßigen Stellen auf 19 101 — 30,38 pCt. der Gesamtzahl. In diesen 6 Jahren hat sich die Zahl der etatsmäßigen Stellen von 61 09 auf 69,62 pCt. vermehrt und die Zahl der nicht-etatsmäßigen Stellen von 88,91 auf 30,38 pCt. vermindert. Es sind jedes Jahr ca. 2200 neue etatsmäßige Stellen geschaffen worden. Die Gesamtzahl der Unterbeamten hat sich in demselben Zeitraum von 88 114 auf 70 879 vermehrt. Das System der Gratifikationen besteht bei der Postverwaltung wie bei den anderen Verwaltungen. In allen Verwaltungen wird die Gratifikation ungefähr nach einem gleichen Querschnittsmaß im Verhältnis zum Remunerationssfonds bemessen, wobei natürlich die älteren Beamten mehr berücksichtigt werden als die jüngeren. Im abgelassenen Staatjahre haben aus dem Remunerationssfonds 48 000 Personen Unterzählungen und Gratifikationen erhalten und davon 82 000 Unterbeamte! Der Abg. Frank hat wiederholt von „humilierschreienden“ Missethänden in unserer Verwaltung hinsichtlich der Sonntagsruhe der Unterbeamten gesprochen und seiner Beschwerde einen Ort an der Weiser zu nennen, aber nicht einmal die Güte gehabt, diesen Ort zu nennen. Wir können

bedwegen diese Ausführungen nur als allgemeine ansehen. Wenn aber der Herr Abgeordnete auch noch davon gesprochen hat, daß von den höheren Verwaltungsbeamten diese Angelegenheit mit Hochmuth behandelt werde, so muß ich dem auf das Entschiedenste widersprechen. Diese Angelegenheiten werden von uns mit absolutem Wohlwollen behandelt.

Abg. v. Jagdzewski kommt auf den Verein zur Vertheilung des Leuzichums in den Ostmarken zurück. Er müsse namens seiner Landsleute Verwahrung dagegen einlegen, daß die Beamten sich an einem solchen Vereine beteiligen, der zu einem Boykott gegen polnische Gewerbetreibende und zu einem schädigenden Denunziantenthum geführt hat. Staatssekretär v. Stephan: Allerdings hat der Unterstaatssekretär den Beamten eine gewisse Zurückhaltung empfohlen gegenüber prononziert politischen Vereinen. Aber der Unterstaatssekretär machte noch den Zusatz: Allein wir sind der Meinung, daß wir es in den einzelnen Fällen dem Takte des einzelnen Beamten überlassen können, wie weit er sich Zurückhaltung auferlegt. Das ist doch etwas anderes, als der Vorredner gewollt hat.

Abg. Paasche (natl.): Im Namen des Herrn Hammacher erkläre ich, daß derselbe nichts von seinen damaligen Äußerungen zurückzunehmen hat.

Abg. Frank (Reform-P.): Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat die von mir vorgebrachten Thatsachen in keiner Weise entkräftet.

Abg. Webel (Soz.) bleibt dabei, daß die Vermehrung der Beamtenstellen durchaus noch nicht eine Entlastung der Beamten zur Folge habe. Die lange Arbeitszeit am Sonntag beweise, daß die Zahl der Beamten nicht ausreiche, die Arbeiten in der Woche zu bewältigen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dauernd Beamte Verrichtungen erfüllen müssen, für die sie nicht angeeignet sind. Das beweist einen Mangel an Beamten. Die Gratifikationen bestehen allerdings nicht nur im Postetat, sondern auch in anderen Etats. Aber besser wäre es, dieselben überall abzuschaffen, da sie durchaus nicht notwendig sind. Redner bemängelt ferner, daß die Unterbeamten später als die anderen Beamten, erst nach 20—24 Jahren unfindbar angestellt werden. Eine zwölfjährige Dienstzeit, ehe ein Beamter etatsmäßig wird, reicht doch aus, die Zuverlässigkeit des Mannes zu prüfen. Daß dazu 20 oder 24 Jahre notwendig sein sollen, kann nur einem ungerechtfertigten Mißtrauen entspringen.

Staatssekretär v. Stephan: Herr Webel meint, der Postetat werde mit besonderem Interesse und Genauigkeit hier vorgenommen, weil er von allgemeinem Interesse für die ganze Nation bis in die kleinsten Theile in Stadt und Land sei. In Frankreich wird der Postetat auch ziemlich genau durchgeführt, abweichend von anderen größeren Ländern, Oesterreich, England, Italien etc. Da habe ich neulich bei der letzten Verhandlung des Budgets der Postverwaltung eine Aeußerung eines französischen Berichtes gelesen: Le budget des postes est le plus electoral de tous les budgets. (Der Postetat ist der für die Wahlen wichtigste.) Das mag ja eine französische Anschauung sein, hier kann ich dem Herrn Abgeordneten nur glauben, daß lediglich ein solches Interesse für den Postetat vorliegt. Bezüglich der Anstellung ist richtig, was Herr Webel sagt; man kann Beamte erst erst anstellen, wenn man sich genügend über ihre Qualifikation für den Dienst, ihre Charaktereigenschaften und auch ihre pekuniären Verhältnisse unterrichtet hat. Im vorigen Jahre hat aber bereits eine wesentliche Verkürzung dieser Wartezeit stattgefunden, sie ist von 20 auf 12 Jahre herabgesetzt, und das ist doch ein erheblicher Schritt vorwärts. Es geht nach unserer Erfahrung allerdings längere Zeit dazu bei der großen Verantwortlichkeit, die mit dem Postdienst verbunden ist, ehe man zu einer definitiven Anstellung übergeben kann. Die Anstellung kann auch nur nach Maßgabe der vorhandenen Stellen erfolgen. Man könnte sagen: weshalb schafft Ihr nicht mehr Stellen? Es hat aber schon eine außerordentliche Vermehrung der Stellen, härter als in jedem anderen Dienstort stattgefunden. Das wird dem Abgeordneten auf seine Frage wohl genügen. Ein Antrag auf Beseitigung des ganzen sogenannten Gratifikationsgeldes ist in früheren Jahren z. B. im preussischen Abgeordnetenhaus und auch im Reichstago wiederholt gestellt worden. Gratifikationen ist eigentlich kein richtiger Ausdruck, es ist ein Unterabzug, und Verohnungslohn für Krankheiten, unvorhergesehene Ereignisse etc. Der Antrag ist immer übereinstimmend von allen Regierungen abgelehnt worden, weil ein solcher Fonds für große Verwaltungen existieren muß.

Abg. v. Jagdzewski: Wir verlangen nicht weiter als gleiches Licht und gleichen Schatten. Den polnischen Beamten wird verboten, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, sogar an Wohlthätigkeits- und Fachvereinen, welche nur polnische Mitglieder umfassen. Da haben wir doch das Recht zu verlangen, daß die Behörden den Beamten verboten, Vereinen beizutreten, welche so gefährliche Tendenzen verfolgen. Wir wollen den Frieden.

Abg. Paasche protestirt dagegen, daß der genannte Verein gefährliche Ziele verfolge. Solche Vorwürfe sind nicht dazu geeignet, den Frieden zu fördern. Der Titel wird darauf bewilligt.

Bei dem Titel: Wohnungsgeldzuschuß bemerkt Abg. Werner (deutsches. Ref-P.), daß der Tarif des Wohnungsgeldzuschusses seit 10 Jahren unverändert geblieben sei; einzelne Orte verdienen in eine höhere Klasse gesetzt zu werden. Die Wohnungsgeldzuschüsse für Berlin und Quindburg reichen z. B. bei weitem nicht aus, um eine anständige Wohnung zu mieten.

Staatssekretär v. Stephan: Die Postverwaltung ist hierbei ganz unbetheiligt, es ist Sache des Bundesraths, diese Frage zu regeln.

Abg. Werner: Dann hoffe ich, daß der Bundesrath sich der Sache annimmt.

Zum Titel „Stellenzulagen“ beantragt Abg. Werner: „Die Stellenzulagen im nächsten Jahre abzuschaffen, und die dadurch verfügbar gewordene Summe zu Nachdienstentschädigungen an Beamte und Unterbeamte zu verwenden.“ Bei der Vertheilung der Zulagen bekommen meist die Bureaubeamten das meiste, weil sie als die rechten Hände der Vorsteher betrachtet werden. Die Schalterbeamten, welche eine große Verantwortlichkeit haben, kommen dabei schlecht weg. Man sollte lieber wie in Oesterreich Zulagen für ten besonders anstrengenden Nachdienst bezahlen. Für die Nachdienst thunenden Beamten sind meistens nicht einmal Kubelotger vorhanden. Ja, es werden Beamte, die liegend getroffen werden, bestraft. Die anstrengend arbeitenden Unterbeamten werden kurz bedacht mit den Stellenzulagen, die Oberbeamten besser. Münderseins sollte man künftig frei werdende Stellenzulagen ersparen.

Staatssekretär v. Stephan: Der Postverwaltung ist das System der Stellenzulagen von Anfang an nicht sympathisch gewesen; sie hat die daraus entstehenden Uebelstände vorausgesehen. Wir sind aber verfahren nach den allgemeinen Grundsätzen der Reichsfinanzverwaltung, welche seinerzeit dem Reichstag vorgelegt wurde. In Oesterreich stehen die Beamtenabteilungen hinter den unserigen erheblich zurück. Eine Ausgleichung für den Nachdienst erfolgt beim Tagedienst. Wobin würde das Prinzip von Zulagen für den Nachdienst führen? Die Nachwächter haben ja überhaupt nur Nachdienst. (Heiterkeit.)

Abg. Werner: Ich wollte nur nachweisen, daß die Stellenzulagen schädlich sind. Der Antrag Werner wird gegen die Stimmen der Reformpartei abgelehnt.

Bei den einmaligen Ausgaben bemerkt der Berichterstatter Bärlein, daß die Kommission die Ausnahme sämtlicher Ausgaben befürwortet; bei 25 Titeln handelt es sich um weitere Ausgaben, die vierzehn Neuforderungen haben keinen Abstrich erfahren, weil die Forderungen sich als dringend notwendig ergeben haben. Bezüglich der vorgelegten Pläne wurde anerkannt, daß dieselben im Innern und Außen jeden überflüssigen Luxus vermeiden, womit den Wünschen des Reichstags Rechnung getragen worden ist. Ueber die Herstellung von Dienstwohnungen werden Normativbestimmungen vorbereitet. Die Wohnungen sollen nicht zu groß sein, damit die Beamten nicht zu ihren Mitteln nicht entsprechenden Ausgaben verleitet werden.

Abg. v. Leipziger (dk.): Wir haben mit unserem Bestreben nach Sparsamkeit gegenüber den großen Anforderungen unter den einmaligen Ausgaben, deren Bewilligung uns für weitere 12 Millionen verpflichtet, keinen Anlaß gefunden und müssen deshalb darauf verzichten, Anträge zu stellen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich möchte hervorheben, daß in diesem Jahre der Post-Ansahonds des Extra-Ordinariums nur 2,28 pCt. der Gesamteinnahmen beträgt. Wir müssen doch auch dem gewaltigen Aufschwunge des Verkehrs, den Bedürfnissen des Dienstes und des Publikums gerecht werden. Dementsprechend muß eine Anzahl älterer Bauten erweitert und erneuert werden, und das erfordert natürlich erhebliche Mehrkosten. Da unsere Posten in vorzüglicher Lage stehen müssen, so muß auch der Grund und Boden theurer bezahlt werden als es sonst der Fall sein würde. Daß unsere Postbauten sich keineswegs durch einen übertriebenen Luxus auszeichnen, zeigt ein Vergleich mit den Postbauten fremder Länder. Das Postgebäude in Liverpool z. B. kostet 5 Millionen Mark und dabei besaß sich die englische Post nicht einmal mit der Paketbeförderung und mit der Expedition der Zeitungen. Um aber berechtigten Wünschen hinsichtlich einer größeren Sparsamkeit entgegenzukommen, hat die Reichspostverwaltung an die Oberpostdirektionen im September 1893 eine Verfügung erlassen, in welcher sie aufgefordert werden, dahin zu wirken, daß eigene Postgebäude nur in größeren Verkehrszentren und nach Maßgabe des wachsenden Verkehrs gebaut werden, daß dabei jeder unnötige Aufwand vermieden und in kleineren Orten von dem Bau eigener Postgebäude Abstand genommen werde. Ich glaube, daß diese Ausführungen die Herren befriedigen werden.

Abg. Schmidt-Warburg (z.) spricht seine Befriedigung über die Ausführungen des Herrn v. Leipziger aus. Er sei immer der Anschauung gewesen, daß der Staatssekretär im Reichspostamt zu splendifer baut, aber er habe mit seinem Antrage im Reichstage kein Glück gehabt und würde auch jetzt keinen Erfolg haben, wenn der Antrag gestellt werden würde, den ersten Neubau des Reichspostgebäude in Apolda an die Kommission zurück zu verweisen. Es hat mir besser die Verfügung des Staatssekretärs von 1893 gefallen, als sein Hinweis auf Liverpool. Die Bauten der reicheren Engländer sollte der Staatssekretär sich nicht zum Muster nehmen.

Abg. Jügens (z.): Es muß bei den Bauten eine gewisse Mittelmäßigkeit geübt werden.

Abg. Singer (Soz.): Es ist doch ein seltsames Zeichen der Zeit, daß seitens der Konservativen und des Jentrums so großer Werth auf die Sparsamkeit bei den Postbauten gelegt wird. Aber bei den vielen Millionen umfassenden Etats der Militär- und Marineverwaltung merkt man von dieser Sparsamkeit gar nichts. Keine Partei hat ja ein Interesse, für Postbauten mehr als notwendig auszugeben, aber wenn man dem Staatssekretär der Post seit Jahren hier vorwirft, daß er für die Bauten zu großen Luxus anwendet, so ist das auf gewisser Seite doch unrecht. Gewiß werden in den großen Städten auch äußerlich sehr schön aussehende Postbauten hergestellt, das ist aber nicht zu ändern. Die Postgebäude werden in den großen Städten in den Mittelpunkt des Verkehrs gestellt und müssen auch äußerlich wenigstens so aussehen, daß die Verwaltung, die sie herstellt und die Gesetzgebung, die sie bewilligt, sich nicht zu schämen haben. Das Luxus zu vermeiden ist, bestritte ich nicht, aber diese Angelegenheit hat nicht die Bedeutung, welche ihr die Konservativen seit Jahren bemächtigt haben zu geben, denn die Ersparungen wären nicht von solcher Bedeutung. Die für die Postbauten verwendeten Mittel sind der Kultur gewidmet, um das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Auch in kleinen und mittleren Städten sind Postgebäude ausständig auszuführen. Das Reich soll auch nach der Richtung ein Vorbild für die Privatindustrie und das Publikum sein. Ich wünsche nur, daß die Fürsorge, welche die Postverwaltung auf die Herstellung der Gebäude verwendet, ebenso auf alle Gebiete ihrer Verwaltung ausgebreitet würde. Wenn der Staatssekretär ebenso für die Verbesserung und die soziale Lage seiner Beamten handeln würde, könnte er sich unserer vollsten Zustimmung versichert halten. Für die Volkswohlfahrt und die Beschaffung öffentlicher Arbeiten ist die Herstellung der Postgebäude ein wesentlicher Vortheil. Das Reich sorgt dadurch für Arbeit. Wir haben in der Budgetkommission seit Jahren dahin gewirkt, daß die Arbeiten für die Postgebäude in den betreffenden Städten selbst gemacht werden, und wir haben dahingehende Zusicherungen von der Postverwaltung erhalten. Die Ausgaben, die hierfür das Reich macht, dienen wieder dem Reich. Das Bestreben, hier das Notwendige zu schaffen, darf man nicht zu sehr beschränken, zumal man auf anderen Gebieten die Millionen garnicht ansieht, sondern sich für Militärvorlagen befreit und die Regierung sogar anfordert, sich auf dem Gebiete der Marine nicht zu geniren. Da haben die Parteien, die das thun, am wenigsten das Recht, gegen die Postbauten zu sprechen, die eine kulturelle Bedeutung haben, während die anderen Dinge nur chauvinistischen Gelüsten dienen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.): Der Vorredner deutete an, daß das Haus aus politischen Motiven gerade bei den Postbauten auf Sparsamkeit setze; während wir bei Militär- und Marinefragen ungezählte Millionen bewilligen, wollten wir hier knausern. Die Gesichtspunkte der Sparsamkeit werden wie bei den Postbauten in genau demselben Maße bei der Armee und Marine gehandhabt. (Rachen links.) Was wir tadeln, ist der übertriebene Luxus in der äußeren Ausstattung. (Sehr richtig! rechts.)

Die ferneren Raten für bereits früher bewilligte Bauten werden ohne Debatte bewilligt; ebenso die meisten Neubauten. Nur bei dem Postgebäude in Karlsruhe erklärt auf eine Anregung des Abg. Warbe (z.) der Staatssekretär v. Stephan, daß die Angemessenheit des Postgebäudes in Freiburg sich nicht bar mache. Die Postverwaltung steht dem Gedanken eines Neubaus sympathisch gegenüber.

Es folgt die Verthung der Einnahmen. Angeführt sind an Porto- und Telegraphengebühren 272 000 000 M.

Berichterstatter Bärlein weist darauf hin, daß in der Kommission der Antrag auf Erhöhung dieser Einnahme abgelehnt sei; man hat sich an die Tarichschnittskiffer gehalten.

Abg. Fischer (dr. Sp.) stellt auf grund der Akten des Reichstages dem Staatssekretär v. Stephan gegenüber, daß derselbe niemals einen Beschluß gegen die Er-

mäßigung der Telegraphengebühren gefaßt habe. Daß wir in Deutschland am weitesten mit dem Telephonwesen sind, ist nicht richtig.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Sein Etat der Reichsdruckerei werden unter den einmaligen Ausgaben 60 000 M. gefordert zur Beschaffung von Maschinen und sonstigen Betriebsmitteln.

Abg. Sasse (natl.) führt Klage darüber, daß die Reichsdruckerei die Einschränkung, die ihr auferlegt sei, sich hauptsächlich nur mit Aufträgen des Reichs und des Staates zu begnügen und höchstens solche Aufträge anzunehmen, welche von Privatdruckereien nicht ausgeführt werden können, nicht inne halte.

Unterstaatssekretär Fischer: Vor zwölf Jahren wurden Beschwerden von Interessenten vorgetragen, daß die Reichsdruckerei Aufträge annehme, welche von Privatdruckereien ausgeführt werden können. Damals wurde die Reichsdruckerei aufgefordert, die Nichtschränkung zu befolgen. Seitdem sind Klagen nicht wieder zu unseren Ohren gekommen.

Abg. v. Dierman (Z.) spricht für die Leistungen der Reichsdruckerei seine volle Anerkennung aus.

Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt; ebenso ohne Debatte der Etat des Reichskanzlers.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskassiers.

Abg. v. Strombeck: Dem Reichstage wird eine Uebersicht der Beschlüsse des Bundesraths vorgelegt, aber die unerledigten geblienen Positionen werden nicht aufgenommen und verschoben für die spätere Zeit vollständig. Meine Freunde und Mitglieder anderer Fraktionen wünschen, daß diese Verfahren ausgedehnt wird, daß die zur Zeit der Uebersendung der Uebersicht nicht erledigten Sachen auf die nächsten Jahre übertragen werden.

Staatssekretär v. Bütticher: Ich bin gern bereit das zu thun, nur möchte ich bezweifeln, ob sich das hinsichtlich aller Resolutionen empfehlen wird. Dagegen bin ich gern bereit, den Reichstag fortan von dem Schicksal derjenigen Resolutionen in Kenntnis zu setzen, die ein weittragendes Interesse haben und an denen sein Herz hängt.

Abg. Barth (tr. Wg.): Ich möchte den Reichskanzler fragen, ob er bereit ist, sich über die Währungsfrage, in bezug auf welche er mehrfach angefragt ist, Auskunft zu geben; der Reichstag hat im Februar vorigen Jahres eine auf diese Frage bezügliche Resolution beschlossen. Die Herren Bimetallisten hatten damals im preussischen Herrenhause und Abgeordnetenhaus Anträge eingebracht, in welchen die preussische Regierung aufgefordert wurde, den Reichskanzler zu ersuchen, ungesäumt und nachdrücklich die Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus zu führen. Von einer nicht geringen Zahl deutscher Regierungen wissen wir, daß sie sich der Idee der Währungskonferenz ablehnend gegenüberstellen haben. Ich habe ein zu hohes Vertrauen für die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der verbündeten Regierungen, als daß ich annehmen könnte, sie würden sich für eine Konferenz entscheiden. Im abgelassenen Jahre sind alle Prophezeiungen der Bimetallisten nicht erfüllt worden. Noch niemals ist eine so kolossale Masse Gold gefördert worden, wie im vorigen Jahre und das laufende Jahr wird darüber wohl noch hinausgehen. Das muß uns noch mehr bestimmen, an der Goldwährung festzuhalten. Wenn andere Regierungen erklären, daß die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz keinen Zweck habe, so hat die deutsche Regierung erst recht keine Veranlassung, damit vorzugehen. Der Kredit der Vereinigten Staaten ist im sinken Stufen, weil man das Mißtrauen hat, daß irgend einer der Vereinigten Staaten einmal auf den Gedanken kommen würde, seine Anleihen in Silberdollars zurückzahlen. Die besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse der nordamerikanischen Staaten sind der Meinung, daß von der Bank infolge der Rücksicht des Präsidenten Cleveland niemals hätte die Idee sein können, wenn die Währungsverhältnisse in Ordnung gewesen wären. Um der Rückzahlung in Silber zu entgehen, würden die amerikanischen Werthe zurückgeworfen aus Europa nach Amerika. Deshalb muß man sich hüten, mit der Währung jetzt irgend welche Experimente zu machen. Daß die Herren nach Paris gefahren sind und mit Vertretern anderer Länder über die politische Frage verhandelt haben, nehme ich ihnen nicht übel; im Gegenheil, ich freue mich, daß die Herren sowohl gelernt haben, daß sie jetzt selbst etwas thun, was sie vor zehn Jahren der Fortschrittspartei als Hochverrath vorgeworfen haben. Ich erinnere dabei an die berühmte Broschüre über den Cobdenklub. Die Herren geben nicht bloß nach Paris und lassen Beschlüsse, sondern sie halten die Beschlüsse geheim, die sie mit Ausländern und sogar mit Franzosen gemeinsam gefaßt haben. (Weiterkeit links); sie haben auch noch freundschaftliche Besuche gemacht beim französischen Präsidenten und bei seinem Minister, trotzdem das Kabinett Bourgeois hier bei uns dicht bei den Sozialdemokraten sitzen würde. (Weiterkeit rechts). Sehr richtig! links.)

Man meinte, daß die Amerikaner nur darauf warteten, eine Währungskonferenz einzuberufen. Aber daß die praktischen Amerikaner einen positiven Erfolg davon erwarten, möchte ich bezweifeln. Von einem Währungsbündnis wollen die Herren nichts wissen, sie wollen sich nicht fesseln an ein Bündnis mit plutokratischen und autokratischen Mächten, wie es in einer in Amerika zahlreich verbreiteten Broschüre hieß. Wenn schon vor einem Jahre keine Veranlassung vorlag, der internationalen Währung näherzutreten, so liegt heute erst recht kein Anlaß dazu vor. Ich glaube dem Herrn Reichskanzler eine Gefälligkeit zu erweisen, wenn ich ihm Gelegenheit gebe, sich von diesem Kadaver mit Demuthlichkeit zu befreien.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich kann zu meinem Bedauern dem Wunsche des Abg. Barth nicht Folge leisten. Ich bin nicht in der Lage, die Auskunft zu erteilen, die er wünscht; ich werde aber in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, eine Erklärung abzugeben über die Stellung, welche die Regierung zur Resolution einnehmen wird.

Abg. v. Kardorff: Herr Barth meint, es wäre jetzt weniger als jemals die Zeit, Währungskonferenzen zu berufen, die bisher immer gescheitert seien. Ihm ist wahrscheinlich nicht bekannt, daß dieselbe Erklärung, die der Minister Wolfour veröffentlichte, von anderer Seite abgegeben und zu Protokoll gegeben wurde, daß nämlich eine Konferenz nicht berufen werden könne, ehe nicht gewisse Staaten sich über ein bestimmtes Programm geeinigt hätten.

Der jetzige Ministerpräsident Bourgeois gehört zu den kenntnisreichsten Bimetallisten Frankreichs, er kennt die Frage nicht bloß oberflächlich, Herr Barth, sondern hat sie gründlich studirt. (Weiterkeit.) Herr Barth tarnt ihn doch wohl etwas unrichtig; er würde die Stelle des Herrn Barth einnehmen, er steht den Sozialisten sehr nahe, möchte gern von ihnen unterstützt sein, wenn er auch vor den Konsequenzen daraus zurückschreckt.

Herr Barth hat Studien über die Kreditwürdigkeit amerikanischer Bankprioritäten gemacht. Ob diese Papiere so werth waren, unter das kleine Publikum verbreitet zu werden, überlasse ich dem Urtheil anderer. Es wäre gleich, ob sie aus Gold oder Silber gestellt werden, die Zubehörer wären zufrieden, wenn sie nur etwas bares Geld bekämen. Die Amerikaner haben kein Institut wie unsere Reichsbank; sie haben Banken in den einzelnen Staaten, das ist für die Regierung eine außerordentlich unangenehme Sache. Im übrigen sollte Herr Barth es unterlassen, es so darzustellen, als ob in Amerika Neigung für die Goldwährung vorhanden wäre. Es gibt einige Goldleute unter den Bankiers, sonst aber nicht. Die Frage ist nur, wollen wir Gold und Silber mit freier Prägung allein prägen, ohne uns um die

andere Staaten zu kümmern, oder wollen wir erst in Unterhandlungen treten. Die verständigen Leute sind alle internationale Bimetallisten. Die reinen Silberleute sind nahe daran, im Parlament die Mehrheit zu bekommen, und wenn nicht bei manchen Fragen eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, würden sie mit ihren Anschauungen durchdringen. Wenn Herr Barth unser Verfahren, unsere Reise nach Paris mit dem Cobdenklub vergleicht, so ist das falsch. Der Cobdenklub hatte bezahlte Agenten, welche damit beauftragt waren, dem englischen Export neue Wege zu öffnen. Daß Deutsche Mitglieder des Cobdenklubs waren, ist nicht recht zu verstehen. Die Silberleute hoben niemals etwas bezahlt für Agenten. Wir haben die Beschlüsse in Paris geheim gehalten, weil das englische Parlament erst im Februar zusammentritt. Wenn dasselbe zusammentreten sein wird, werden wir die Beschlüsse veröffentlichten und sie werden Herrn Barth wohl gefallen. Die Goldwährung hat zwei Systeme herbeigeführt, es gibt Silberstaaten und Staaten mit unterwerthigen Valuten. Diese Zustände können nicht bestehen bleiben. Bisher ist es nur die Landwirtschaft gewesen, welche darunter zu leiden hatte. Die unterwerthigen Valuten würden beseitigt werden können, wenn an Stelle des Papiers nicht bloß Gold, sondern auch Silber verwendet werden könnte. Wenn die japanische und chinesische Industrie in Konkurrenz treten wird, dann wird die Industrie die Folgen auch merken; ich will nicht an den Kriegsfall denken, in welchem die Goldwährung Gefahr bringen wird.

Wir werden unsere Bestrebungen nicht sinken lassen und wenn die Regierung erklärt, wir können uns nicht einlassen auf die Währungsfrage, so werden wir bedauern, daß sie auch diesen Rettungsanker für die Landwirtschaft von sich weist, aber wir werden diese Frage noch mehr in den Vordergrund schieben, nachdem der Antrag Konitz zurückgewiesen ist. (Beifall rechts.)

Präsident von Buol: Ich muß dringend ersuchen, daß auf jener Seite der Tribüne (nach links) wachsam, wo die Journalisten sich befinden, mehr Ruhe beobachtet wird. Es ist heute wiederholt vorgekommen, daß Zurufe und selbst Aeusserungen des Mißfallens von dort laut geworden sind. Es wird hoffentlich der Hinweis auf den § 53 der Geschäftsordnung (Nennung der Tribunen) genügen, um dergleichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. (Beifallstürmung.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (bl.): Herr Barth hat über die Broschüre über den Cobdenklub sehr gewingend gesprochen. Die Broschüre weist nach, daß der Cobdenklub nichts weiter wollte, als die englischen Interessen in ein wissenschaftliches Gewand zu hüllen. Daß die Herren, welche in Deutschland sich dem Klub angeschlossen hatten, über diese Enthüllung nicht erfreut waren, ist begreiflich, denn es freut niemanden, den Nachweis zu erhalten, daß er auf einen Leim getreten ist. Die Broschüre von Lohar Bucher war ein werthvolles Werk und wenn die Freunde des Herrn Barth ebenso werthvolle Dinge schreiben würden, so würden sie damit Gutes machen. Ich wende mich nun anderen Dingen zu. Ich freue mich, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundlichere geworden sind; wir haben sehr wenig verschiedene Interessen, aber sehr viele gemeinsame mit Rußland. Eine große Freude haben wir empfunden über die wirksame Wahrnehmung unserer Interessen in der Transvaal-Angelegenheit. Das Telegramm, das in dieser Beziehung ergangen ist, hat überall Zustimmung gefunden. Wenn man aber meint, daß wir mit England in Krieg gerathen könnten, so sind das doch etwas kühne Erwägungen. Daß wir uns auf einen Seekrieg mit England einlassen könnten, ist ja einfach unüberdenkbar. Darum ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Deutsche Reich seine Interessen auch im Ausland wahrt. England hat ebenso Interessen in europäischen Ländern, wo es auf das Wohlwollen und die Hilfe anderer Staaten angewiesen ist, und es ist von England von großer Bedeutung, ob es dort auf die Freundschaft oder Gegnerschaft des mächtigen Deutschen Reiches rechnen kann. Wir können uns nur freuen, daß die deutsche Regierung so energisch für die Wahrung der deutschen Interessen eingetreten ist. (Beifall.)

Abg. Barth: Ich bedauere, daß der Vorredner seine Freude über unsere besseren Beziehungen zu Rußland nicht schon damals zum Ausdruck gebracht, als es sich um den Abschluß des russischen Handelsvertrags handelte. (Sehr richtig! links.) Eine deutsche Politik, welche darauf abzielen würde, England, welches uns seit Jahren befreundet ist, vor den Kopf zu stoßen, würde den wahren Interessen Deutschlands nicht entsprechen und ich bin überzeugt, daß in der Person des Reichskanzlers eine gewisse Garantie dafür liegt, daß ein gutes Verhältnis aufrecht erhalten wird. Das Pamphlet von Lohar Bucher über den Cobdenklub habe ich genau studirt und mich gewundert, woher er den Muth und den Ungehorsam gefunden hat, die Broschüre zu schreiben. Von bezahlten Agenten des Cobdenklubs ist keine Rede; die Akten desselben liegen offen vor aller Augen, einen geheimen Fonds giebt es nicht, es ist das eine der thörichtesten Behauptungen, die jemals aufgestellt sind. Ueber die bimetallistischen Freunde des Herrn v. Kardorff in Amerika möchte ich doch etwas bemerken. Der Präsident Cleveland wird große Augen machen darüber, daß er Bimetallist sei; ich habe mich mit ihm eingehend unterhalten und gefunden, daß er meinen Anschauungen näher steht, als denen des Herrn v. Kardorff. Wenn man von bezahlten Agenten des Cobdenklubs spricht, dann könnte man viel mehr von bezahlten Agenten der amerikanischen Silberminendefizienten in Deutschland sprechen. (Zustimmung links.) Abg. v. Kardorff bittet um Wort. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir in Deutschland, bis auf wenige verschwindende Ausnahmen, alle diejenigen, welche eine hervorragende Rolle spielen in der Industrie, der reinen Goldwährung anhängen. Ich brauche nur auf die jüngsten Berichte der Handelskammern zu verweisen; diese Kenner der Verhältnisse können es sich gar nicht ernstlich vorstellen, daß die Regierung auf solche Pläne eingeht. Würde man das annehmen, so würde ein solcher Sturm der Entrüstung entziehen, wie er niemals vorher Rathgefunden hat.

Abg. v. Kardorff: Es ist heute zum zweiten Mal, daß im Deutschen Reichstage der Verdacht ausgesprochen wird, daß wir Bimetallisten von Amerika bezahlt würden. (Widerspruch links.) Ich habe schon einmal gesagt, daß ich die Bücher des bimetallistischen Vereins offen legen würde, um nachzuweisen, daß alles von uns verwendete Geld aus Deutschland kommt. Wenn Herr Barth nicht nachweist, daß irgend jemand von amerikanischen Gelde bezahlt ist, dann muß ich ihn als einen infamen Lügner bezeichnen. (Beifallstürmung links; Rufe zur Ordnung.)

Abg. Barth: Eine solche Grobheit und Unverschämtheit kann ich mir von Herrn v. Kardorff nicht gefallen lassen.

Präsident v. Buol: Ich muß den Redner zur Ordnung rufen. (Beifallstürmung links; Rufe: infamer Lügner!) Ich bitte um Entschuldigung; gegen den Vorwurf, daß Herr Barth irgend jemand aus dem Reichstage als bezahlt bezeichnet hätte, muß ich ihn in Schutz nehmen; Herr Barth hat das nicht gesagt. (Große Unruhe.) Es wird mir mitgeteilt, daß Herr v. Kardorff Herrn Barth allerdings bedingt vorgeworfen habe, es würde eine infame Lüge sein. Auch in dieser Form ist es ein Vorwurf gegenüber dem Abg. Barth, den ich nicht ungerügt lassen darf.

Abg. Barth: Ich werde den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß Herr v. Kardorff direkt gesagt hat, ich sei ein infamer Lügner. Einen solchen beleidigenden Zwischenruf, sei er auch nur konditional, kann und werde ich mir von niemand gefallen lassen. Solange Herr v. Kardorff nicht vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird, bin ich verpflichtet, mir direkt Genugthuung zu verschaffen.

Präsident v. Buol: Ich wiederhole, daß nach meiner

Kenntniß es nur in bedingter Weise geschehen ist, und das habe ich gerügt. Wenn der Vorwurf, Herr Barth sei ein infamer Lügner, gefallen wäre, so verbiente das selbstverständlich die höchste Klage, und ich würde den Abg. v. Kardorff zur Ordnung gerufen haben.

Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskassiers wird bewilligt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung: Reichskant des Innern.)

Tokales.

Die juristische Sprechstunde kann heute Freitag Abend ausnahmsweise erst um acht Uhr beginnen.

Infolge eines Irrthums ist die Anzeige der am vorigen Donnerstag in der „Berliner Wessource“ abgehaltenen Versammlung gestern nochmals veröffentlicht worden. Wir bitten die Parteigenossen um Entschuldigung für dies Versehen.

Auf eine Vollversammlung, die am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Spitzig in Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198, stattfindet, seien namentlich die Parteigenossen aufmerksam gemacht. Genosse Voghter spricht über das Ergiehungsgesetz und Arbeitswerk der Frauen.

Zur Lokalkasse. In Wessau steht der Arbeiterschaft außer den kürzlich gemeldeten Lokalkassen auch noch Abels Vereinshaus (Zuhaber Bötcher), Charlottenburgerstr. 151, zur Verfügung.

Nieder-Schönweide. Die Wählerlisten zur diesjährigen Gemeindevahl liegen nur noch bis zum 31. Januar aus. Es ist Pflicht eines jeden, sich davon zu überzeugen, ob sein Name eingetragen ist. Einsicht ist jeden Tag, auch Sonntags von 10 bis 12 Uhr gestattet. Diejenigen, welche nicht Zeit haben, mögen sich an Barbier Weber oder an Restaurateur Stredter wenden, beide Parteigenossen sind zur Einsichtnahme bereit.

In Johannisthal-Nieder-Schönweide stehen der Arbeiterschaft folgende Lokale zur Verfügung: In Johannisthal: Senftleben's Volksgarten und Schaller's Messa- rant. In Nieder-Schönweide: Brauerer Vorwärts, Danisch, „Zum großen Kurfürsten“, Restaurant Stredter und Restaurant Assante, Verfrühungslokal. In Ober-Schönweide: Gaserland's und Rudolf's Restaurant. Wir bitten die Parteigenossen, hauptsächlich die Berliner, bei Ausflügen auf diese Orte zu achten.

Arbeiter Schönebergs. Die Wahl der Gewerbegerichts-Beisitzer erfolgt am Sonnabend, den 25. d. M., nachmittags von 4—8 Uhr im Restaurant „Lindenpark“, Hauptstr. 16. Um lebhaftest Theilnahme ersucht das Wahlkomitee.

Der Stadtverordneten-Ausschuß hat in seiner Sitzung vom Donnerstag Abend einstimmig beschlossen, zum Stadtvandurath den Erbauer des Reichsgerichts, Baurath Hoffmann in Leipzig in Vorschlag zu bringen.

Menschenwürde. Ein empörender Vorfall wird uns von einigen Personen gemeldet, welche am Montag Abend die Potsdamerstraße passirten. In einem dortigen Koffer- und Lederwaarengeschäft erschien in der sechsten Abendstunde in Begleitung einer Dame ein Herr, der sich vom Chef der Firma „Durchlaucht“ anreden ließ und ein zur Zeit im Zentralhotel logirender russischer Fürst sein soll. Der Mann verlangte u. a. Hundepfeifen zu kaufen. Ihm wurden solche in entsprechender Auswahl vorgelegt, doch erhob er Bedenken wegen der Haltbarkeit der Waare; es sei vielleicht möglich, die Pfeifen im Geschäft selber auszuröbren. Die Durchlaucht winkte einem vierzehnjährigen Laufburschen, der sich im Laden aufhielt, heran und bot ihm eine Mark, wenn er einen Schlag mit der Peitsche aushalten wolle. Der Knabe wüßte ein; Durchlaucht holte herbe aus und ersuchte dann den Chef, an den Burschen fünf Mark auszuhändigen. In einem anderen Knaben gleichen Alters läßt Durchlaucht das Experiment etwas ausgedehnter; für etwa sechs Schläge wurden diesem 13 M. geopfert. Dann ließ Durchlaucht den draußen haltenden Droschkenfahrer hereinrufen, der die Ehre gehabt hatte, ihn vor die Thür zu fahren. Dieser bekam in verschiedenen Intervallen eine sehr beträchtliche Anzahl Hiebe, die im ganzen mit 28 Mark entschädigt wurden. Während diese Exekutionen vollführt wurden, hatte sich selbstverständlich vor dem offenen Ladensfenster ein großer Zuschauerkreis angesammelt, der in lauten Worten seiner Empörung Ausdruck gab. Der Inhaber des Geschäfts machte den Fürsten auf diesen Zustand aufmerksam. „Ach was“, meinte dieser, „was die Gesellschaft kostet, zahle ich!“. Er bot dann noch einigen anderen im Geschäft thätigen Personen drei Mark und dann, als diese die Zustimmung erwidern wollten, bis vierzig Mark, wenn sie sich zur Abwechslung seinen Gefüßen hingeben wollten. Durchlaucht hatte aber — zur Ehre der in Frage kommenden Männer sei es gesagt — keinen Erfolg mit seinem Gebot; leider hatte auch keiner den Muth, dem rohen Menschen selber eine Lektion zu erteilen oder wenigstens zu bewirken, daß die Durchlaucht auf ihren Geisteszustand untersucht werde. Nachdem der Kunde zwei Peitschen entwei geschlagen und endlich seine Einkäufe beendet hatte, verließ er das Geschäft am Arm der „Dame“, die dem ganzen empörenden Austritt mit rohem Lachen zugeesehen hatte.

Brausewetter. Ueber die Umstände, unter denen bei Herrn Brausewetter die Geisteskrankheit zur äusseren Erscheinung kam, wird der „Berl. Ztg.“ von durchaus zuverlässiger Seite folgendes berichtet: In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember schlief sich, wie es natürlich, über Berlin ein hartes Gewitter. Auch Brausewetter wurde durch diese merkwürdige Naturerscheinung aus seiner Ruhe geschüttelt. In dem Augenblicke, wo er an das Fenster trat, um das Gewitter zu beobachten, fuhr unter leuchtendem Donner ein Blitzenstrahl vor seinen Augen nieder. Hierdurch wurde sein zerrüttetes Nervensystem derart erschüttert, daß zum ersten Male Wahnsinns-Erscheinungen bei ihm zu Tage traten. Wenige Tage darauf mußte er in eine Anstalt überführt werden.

Ob diese Mitteilung stimmt, wissen wir nicht. Es sei aber bemerkt, daß Brausewetter am 7. Dezember v. J. noch ein Urtheil aussprach, daß im höchsten Maße befremdet. Die beiden Schriftsteller Kurt Bantz und Luz hatten sich an diesem Tage vor der zweiten Strafkammer wegen Verleumdung zu verurteilen. Es betraf einen nebensächlichen Fall, ein Fabrikinspektor im Meiningischen sichtigte sich durch eine Wundung im 1849er Parteitag-Protokoll, daß die Angeklagten redigirt hätten, getroffen. Das Urtheil lautete für jeden der Angeklagten auf nicht weniger als drei Monate Gefängniß — selbst vom Brausewetter hatte man dergleichen nicht erwartet.

Mit Bezugnahme auf den Fall Brausewetter erinnert der Grapholog und gerichtliche Sachverständige Herr Langenbruch ein hiesiges Blatt an einen Ausspruch, den er vor zirla einem halben Jahre zu thun Gelegenheit hatte. Herr Langenbruch erklärte nämlich damals, als ihm die Unterchrift des Landgerichtsdirektors Brausewetter gezeigt wurde, sie trage einen pathologischen Charakter, wie man ihn häufig bei Hypochondern und Neurotikernden finde, und aus der Schrift spreche durchaus nicht das Bild des Brausewetter, das man nach allem, was in die Öffentlichkeit gedrungen sei, sich machen müsse. Der Grapholog hat also damals bereits die Erkrankung wahrgenommen. Herr Langenbruch weist im übrigen darauf hin, daß Dr. Erlenneyer schon im Jahre 1879 in seinem Werke „Die Schrift“ verschiedene pathologische Handschriften beschrieben und auf den diagnostischen Werth der Schrift aufmerksam gemacht habe. Langenbruch fügt hinzu, daß heutige graphologische Wissen, auf die Handschrift Brausewetter's angewendet, würde die Fest-

Von den Wirkungen des Quaden-Erlasses. Eine bittere Satire auf unsere sozialen Zustände bildet eine Nachricht, die von der böhmischen Grenze her in die Presse dringt. Aus Grottau bei Reichenberg in Böhmen wird geschrieben: Am letzten Sonnabend wurde unsere Stadt von einer großen Anzahl Bettlern und Landstreichern überfluthet, die infolge des in Deutschland eingetretenen Quaden-erlasses aus den Gefängnissen der benachbarten Grenzstädte entlassen worden waren und nun ihren Weg hierher genommen hatten. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor, so daß die hiesigen Arresträume bald überfüllt waren. Man transportierte daher noch am selben Abend eine Schaar verhafteter Personen nach Krakau, wo sie in dem dortigen Bezirksgerichts-Gefängnisse untergebracht wurden. Ist es nicht eine bittere Satire auf unsere Zustände, daß da Dutzende von Leuten, die man eben erst „begnadigt“ hat, wenige Stunden später schon wieder in einem anderen Gefängnisse sitzen? Die Amnestirten waren, so meldet selbst ein liberales Blatt, nicht etwa schwere Verbrecher, sondern obdach- und arbeitslose Leute — vielleicht auch einige wirklich Arbeitsscheue darunter — denen gar nichts anderes übrig blieb, als in der wiedererwachten „Freiheit“ von neuem betteln zu gehen. Vielen von ihnen mag die österreichische Polizei geradezu einen

Gefallen gethan haben, daß sie ihnen wieder eine Unterkunft gewährte.

Wie die Expedition des Dr. Ehlers zu grunde ging. Man schreibt der „Frankf. Zig.“ aus Sudum vom 10. Dezember: Ueber den Untergang der Ehlers'schen Forschungs-Expedition sind jetzt aus Port Moresby einige ergänzende Mittheilungen eingegangen. Danach haben an der insgesamt 44 Köpfe zählenden Expedition außer Dr. Otto Ehlers, dem Polizeimeister Biering und dem vermuthlich zu Trägerdiensten verwendeten Insulaner aus dem Bismardarchipel auch einige Soldaten der eingeborenen Polizeitruppe theilgenommen. Die Insulaner sind gleich zu Anfang der Reise auf und davon gelassen. Die Reisenden sollten mit Gewehren und Munition ausreichend versehen gewesen sein, hätten aber, nachdem sie einmal das Innere erreicht, keinerlei Gelegenheit gehabt, von ihren Finten Gebrauch zu machen, so daß sich, da die mitgeführten Vorräthe sehr bald erschöpft waren, nach kurzer Zeit die entsehrlichsten Entbehrungen einstellten. Eine schreckliche Plage schienen auch die sogenannten Fischblutegel gewesen zu sein, die die Leiber der Unglücklichen förmlich bedeckten, so daß der Blutverlust die Ermattung noch vergrößerte. Ueber das Ende Dr. Otto Ehlers' und seiner Begleiter melden diese

neueren, vom 9. November datirten Nachrichten im Gegensatz zu den früheren Mittheilungen, daß zwei Monate nach dem Aufbruche der Expedition beide Beisige erlegen seien, „augenscheinlich“ verhungert. Ebenso seien 22 Eingeborene durch die erlittenen Entbehrungen umgekommen. Der Rest ist nach viermonatiger Wanderung in Noua Motu eingetroffen, wozu die Regierung aus Britisch Neu-Guinea nach Bekanntwerden der Nachricht alsbald den Regierungsschoner „Solohu“ abgeandt hat, um dieselben nach Port Moresby überzuführen. Dort sollen die Leute so lange verpflegt werden, bis sich eine Gelegenheit zu ihrem Rücktransport nach Kaiser-Wilhelmsland findet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde kann heute Freitag Abend ausnahmsweise erst um acht Uhr beginnen.

Druckfehler-Berichtigung. In dem ersten Teilarthel über Die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetz u. d. h. in Spalte 3, Zeile 25 durch einen Druckfehler der Name des Justizrathes Levy in Justizrath Berg verkehrt worden. G. R. 800 Pfund.

W. Z., Charlottenburg. Nächste Nummer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 24. Januar.
 Opernhaus. Die Jugenotten.
 Schauspielhaus. Der Revisor.
 Deutsches Theater. Der Meister von Palmyra.
 Festung-Theater. Untreu. — Fräulein Wittwe.
 Berliner Theater. Faust.
 Neues Theater. Der Herr Direktor.
 Residenz-Theater. Hals über Kopf.
 Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hungerleider.
 Theater Unter den Linden. König Chilperich.
 Schiller-Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.
 Adolph Ernst-Theater. Frau Hohenegrin.
 Central-Theater. Eine tolle Nacht.
 Belle-Alliance-Theater. Böse Buben.
 Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Gämmer. — Nr. 66.
 National-Theater. Opfer der Großstadt. — 3 F. heus, das Waldmädchen.
 American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
 Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
 Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
 Reichshafen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Ehrenschulden. Das Schweigen. Ohne Liebe.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
 zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Die Königstochter als Bettlerin
 oder: **Die Schule des Lebens.**
 Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann.
 Regie: Fritz Schäfer.
 Zum Schluss:
Ischens, das Waldmädchen.
 Burleske von Hugo Boffe.
 Regie: Max Samst.
 Morgen: **Der Glöckner von Notre-Dame.**
 Ischens, das Waldmädchen.
 Nachmittags 4 Uhr: Grosse Kinder-Vorstellung. **Robinson Crusoe.**

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 39. Male:
Frau Hohenegrin.
 Schwank mit Gesang in 3 Akten von G. d. Jacobson und W. Mannstädt.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!!!
 Jeden Abend
ausverkauft!!!
Kaufmann's Variété-Theater
 Königsstraße, Kolonnaden.
 Das Karneval-Programm
Zum Todtschreien
Blanck's Stadt-Klatsch
Hammerstein's Memoiren.
 Transvaaler Friedenstanz
 Ehränen muß man lachen über
Hals über Kopf!!!

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Mittwoch, den 22. Januar 1896;
 Zum 140. Male:
Eine tolle Nacht.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
 Heute 8 Uhr: Zum 96. Male:
Die kleinen Gämmer.
 Vaudeville in 2 Akten von L. Varney. Vorher: Nr. 66.
 Operette in 1 Akt von J. Offenbach. Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonnabend: Zum 1. Male: **Vitto.**
 Operette in 1 Akt von Hans Leuwenfeld. Dienstag, den 28. Januar: Unter Leitung des Komponisten Louis Varney aus Paris: Zum 100. Male:
Die kleinen Gämmer.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
 Täglich sensationeller Erfolg von
Dora Parness.
 Salerno. Toni Daré.
Sergeant Simms
 mit seinen 12 Negerknaben
 u. s. w. u. s. w.
 Kassenöffnung 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
 Lützowstrasse 111/112.
 Heute, Freitag, den 24. Januar:
Soiree der allbeliebten Stettiner Sänger
 (Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
 Auf 8 Uhr. Entree (wie immer) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Nach der Soiree in den Gesammt-räumen der Victoria-Brauerei:
Stettiner Sänger-Ball.
 Künstler-Urlideltas. — Fest-Polo-naise mit Damensponde. — Während der Kaffeepause: Vorträge. — Sänger-Wettstreit. — Komponisten-Reunion.
 Die bekanntesten Tänzer werden von den Komponisten persönlich dirigirt.
 Anfang des Balles: 11 Uhr.
Ball-Billets à Mark 1,50 sind in der Musikalien-Handlung von Steidl, Kommandantenstr. 1/2, in den Vorverkaufsstellen der Victoria-Brauerei und abends an der Kasse zu haben.
 Die Ballbillets berechtigen auch zum Besuch der vorangehenden Soiree.

Passage - Panopticum.
 Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
 30 Affen,
 30 Hunde,
 12 Pferde,
 Esel, Ziegen,
 Schweine, Hasen

Kaiser-Panorama (Passage).
 V. J. Juska hochinteressant. Erinnerungen von Feldzug 1870-71. Dritte Reise durch d. maledischen Alpen Oberitaliens. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Urania
 Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel. Das riesengroße, für Berlin neue **Januar-Programm.**
 Kolossaler Erfolg sämtlicher **Spezialitäten.**
 Um 10 Uhr: Auftreten der mit kühnlichem Verfall aufgenommenen originellen Miniatur-Soubrette **Princess Colibri.**
 Anfang / Sonntags 8 Uhr. / Wochentags 7 1/2 Uhr. / Entree 30 Pf., Reserv. Pl. 50 Pf.

Das **Löwenweib.**
Allerseelen.
 !! Der Eden-Garten!!
Marionetten
Castan's Panopticum.

Walhalla-Theater
 Oranienstr 52 (dicht am Moritzplatz). Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alcazar.
 Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53, Amnstr. 42/43 (City-Passage).
 Heute, Freitag, 24. Januar:
Gala-Beneiz-Vorstellung
 für den Regisseur **Edwin Stempel.**
 Vollständig neues Programm.
 Auf 8 Uhr. Entree 30 Pf., Ref. 50 Pf. R. Winkler.

Neuer Circus (Bahnhof Börse).
Circus Busch
 Freitag, 24. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. humorist. Vorstellung. Ischens, das Waldmädchen.
 Neu Einlage
Elektrisches Ballet.
 Außerdem:
 Die amerikanischen Freunde, höchst kom. Epifode. Der Clown Veldeman als Komponist. Gebr. Cavallini als Duellanten. Tom-Toms erster Reitunterricht. Broth Dux, die lahigen Chinesen. Zum 1. Male: Gebr. Delaforeste, großart. Reclamer. Leopard, Pferd medtenz. Kasse, dress. u. geritten von Hrn. Footitt-Burghardt. Damen-Schulquadrille, geritten von 6 Damen. 8 russ. Rapphongste, dress. und vorgeführt vom Direktor Busch. Sonnabend: Ischens. Elektr. Ballet. Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäss. Preise und ein Kind unter 10 Jahren frei): **Winternachts Traum.** Abends 7 1/2 Uhr: Ischens.
 Die Kaffung gegen den Arbeiter Schuhrer nehme ich zurück, weil er ein ehrenhafter Mann ist.
 28218 **Frau Dreblow.**

W. Noack's
 Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Konzert
 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Großer Ball.
 Empfehle meine hochleganten Säle für Vereine, Privatfeiern zu den billigsten Bedingungen.
 W. Noack.

Dankagung.
 Für die liebevolle Theilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, des Schloßers **Wilhelm Schley** sagen allen, die ihm im Leben nahe standen, besonders seinen Kollegen der Schwarzloppfischen Fabrik, unseren tiefgefühlten Dank.
Wittwe Schley nebst drei unmündigen Kindern und Anverwandten.
 Humboldtstr. 10, Postamt 79.
 Strickwolf-Neste, Zephyr, Rockwole zu Partheipreisen jetzt Polymarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöden bei Behlung umsonst.
Gudek, Sauergerplatz 2, Elfastr. 12

Sophastoff-Neste
 in Bezügen ausreichend in Phantasie, Rips, Damask, Crépe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltätschen spottbillig.
J. Adler
 Toppich-Fabrik,
Spandauerstraße 30
 gegenüber dem Rathhause.

Um meinen ausgedehnten Kundenkreis wohl unterrichtet zu halten, werden **allwöchentlich** an dieser Stelle die **neuesten Preise** erscheinen.

Heut!		Hüllenerfrüchte:	
Prima kleine gelbe Erbisen . . .	1 Pfd. 18 Pf. 2 Pfd. 25 Pf. 5 Pfd. 60 Pf.	Prima große gelbe Erbisen . . .	13 " 25 " 80 "
Prima grüne Erbisen . . .	18 " 25 " 80 "	Prima grüne Erbisen . . .	18 " 25 " 80 "
ff. prima graue Königsb. Erbisen	25 " 85 " 120 "	Schalerbisen, extra prima . . .	20 " 85 " 90 "
Schalerbisen, prima . . .	18 " 85 " 85 "	Schalerbisen, prima . . .	18 " 85 " 85 "
Schalerbisen, halbe . . .	13 " 25 " 60 "	Schalerbisen, halbe . . .	13 " 25 " 60 "
Perlböhen . . .	15 " 70 "	Perlböhen . . .	15 " 70 "
Vongböhen . . .	18 " 85 "	Vongböhen . . .	18 " 85 "
Große Salathöhen . . .	22 " 105 "	Große Salathöhen . . .	22 " 105 "
Gelberunde Wachboh. / sehr fein	20 " 95 "	Gelberunde Wachboh. / sehr fein	20 " 95 "
Bunte runde Bohnen / hällig	20 " 95 "	Bunte runde Bohnen / hällig	20 " 95 "
Kleine Hüsen . . .	10 " 45 "	Kleine Hüsen . . .	10 " 45 "
Mittel Hüsen . . .	15 " 70 "	Mittel Hüsen . . .	15 " 70 "
Große Hüsen . . .	20 " 95 "	Große Hüsen . . .	20 " 95 "
Nellerküsen . . .	28 " 135 "	Nellerküsen . . .	28 " 135 "

Alle Hülsenfrüchte werden auf besten Kochen geprüft und kommen sauber verlesen zum Verkauf. Sämtliche Sorten sende ich auf Wunsch durch eigene Gespinnne frei ins Haus. Achtungsbooll 4192L*

Hauptgeschäft: **Mantuffel-Str. 89.**
 2. Gesch.: Markt, Eisenbahn- u. Pädlerstr., St. 218/214.
 3. Gesch.: Markthalle Badowerstr. u. Eisen-Ufer, St. 229.

W. Bartsch,
 3. Gesch.: Markthalle Badowerstr. u. Eisen-Ufer, St. 229.

Glühwein-Extrakt,
 hochrein, à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. inkl.
Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Pfd. 1,60 M., 5 Pfd. 7,50 M.
Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch, à Literfl. 3,50 M.
Cognac fine Champagne, Orig.-Pl. 1/4 Br. inkl. 3,50, 4,50, 5,50 M.
Echt Jamaica-Rum und Verschmitt, à Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.
Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. inkl. [187L*]
Medicin. Ungarwein, 1/2 Ansbuch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Pfd. 9 25.
Nimbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzüglich, Literfl. 1,30 M.

Eugen Neumann & Co.
 6 a Belle-Alliance-Platz 6 a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
 8 Cranenstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Original-Löwenbitter
 ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
 In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.
 Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Gerechts-Beitrag.

Ueber die Entscheidung des Reichsgerichts in der Majestäts-
beleidigungssache unseres Kollegen Roland (Dierl), von der
wir gestern bereits unter den letzten Nachrichten berichteten, liegt
uns heute folgende ausführliche Meldung vor: Dierl hatte unter
der Aufschrift: „Wie man in Sachsen Sozialisten verurtheilt“
über eine Verhandlung vor dem Landgericht Zwickau vom
11. März 1895 berichtet. Er hatte aus der Notiz alles ausgewerzt,
was im Manuskript bedenklich erscheinen konnte. Die erste Straf-
kammer lehnte die Erhebung der Anklage ab; diese erfolgte erst
durch Beschluss des Kammergerichts. Die Sache wurde dann
zurück im vorigen Jahre vor einer Revision kammer verhandelt,
und da Dierl zu seiner Entlassung geltend machte, daß er aus
dem von ihm benutzten Manuskript alles ausgewerzt zu haben
geglaubt hätte, was zu einer Anklage Anlaß geben könne, so
wurde die Verhandlung vertagt und dem Dierl ausgesprochen, zum
Beweise seiner Aussage das fragliche Manuskript beizubringen.
Dierl that dies und legte nun das Manuskript der zweiten Straf-
kammer, die dann unter dem Vorstehe des damals wahrscheinlich
schon nicht mehr geistig zurechnungsfähigen Land-
gerichtsdirektors Prausewetter tagte, vor. Aber gerade
in der besonderen Sorgfalt, die der Angeklagte
aufgewandt hat, sah die Strafkammer nun im Gegensatz
zu der Revisionskammer einen Verschärfungsgrund
und verurtheilte Dierl zu sechs Monaten Gefängnis.
Die Revision des Angeklagten gegen das Urtheil
enthielt zunächst eine prozessuale Mängel: nach Verlesung des Be-
schlusses des Kammergerichts vom 18. Juli 1895 über Eröffnung
des Hauptverfahrens erklärte der Angeklagte, er wolle einen An-
trag auf Ablehnung des Vorliegenden wegen Befangenheit
stellen. Der Staatsanwalt erklärte, ein solcher Antrag
würde, jetzt erst gestellt, unzulässig sein, was der Ver-
theidiger an sich auch anerkannte, jedoch daran die
Bitte knüpfte, dem Angeklagten wenigstens zu gestatten, die
Begründung des Antrages vorzutragen. Das Gericht lehnte
es jedoch ab, wegen Verpätung des Antrages sich darauf
einzulassen. In einer auf diese Beschwerde gerichteten Gegen-
erklärung wurde ausgeführt, der Antrag sei thatsächlich gar nicht
gestellt worden, der Angeklagte habe nur erklärt, er wolle es
thun, habe sich aber dann auf die Mittelteilung, daß es dazu
zu spät sei, berufen; an der Verhandlung darüber habe
aber der abzukündende Vorsitzende Theilnehmen können, weil
es sich nur um die zeitliche Zulässigkeit der Stellung
des Antrages gehandelt habe. Materiell behauptet die Revision,
es fehle Thatsachen dafür, daß eine Beleidigung überhaupt vor-
liege, was subjektiv nicht festgestellt sei. Der Angeklagte habe
den ehrenkränkenden Charakter der Äußerung bestritten und
jedenfalls nicht geglaubt, daß man in der Wiederholung der
Worte eine neue Majestätsbeleidigung erblicken könne. Auch
das Landgericht sei anfangs dieser Ansicht ge-
wesen, indem es die Eröffnung des Haupt-
verfahrens ablehnte. Bestritten wurde auch das Inne-
wehnen der Absicht der Beleidigung, vielmehr sei der Angeklagte
zur Wiederholung der Worte durch die Absicht geleitet worden,
die Genossen vor dem Begehen ähnlicher Handlungen zu
warnen. Damit habe er nicht, wie das Gericht
meint, diesen Zweck überhaupt nicht verfolgt, sondern mit
überflüssigen Mitteln verfolgt. Der Reichsanwalt erklärte die
Beschwerde für unbegründet. Der Antrag wurde nur
angekündigt und auch das nur erst nach Verlesung des Er-
öffnungsbeschlusses in der Hauptverhandlung; an dem Beschlusse
auf Abweisung des anvisirten Antrages konnte jeder Richter
Theilnehmen, zumal es zu einem formellen Ablehnungsgefuche
gar nicht gekommen war. Auch materiell liege zweifellos objektiv
eine Majestätsbeleidigung vor, ebenso wie der Verfasser das Be-
wußtsein des ehrenkränkenden Charakters der Äußerung gehabt
habe. Weder dem ungenannten Verfasser noch dem Angeklagten
sei die Bezeichnung der inkriminirten Worte auf den Kaiser
zweifelhaft gewesen, da sie ja beide das Urtheil des Landgerichts
zu lauten kannten. Das Reichsgericht erklärte die Prozessbeschwerde
für hinfällig, materiell fehle es jedoch an einer ausreichenden
Feststellung des Dolus des Angeklagten. Da das Urtheil
in dieser Beziehung nicht klar sei, hob das Reichsgericht auf die
Revision des Angeklagten das Urtheil auf und verwies die Sache
zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Ein Hoch auf die internationale, revolutionäre
Sozialdemokratie hatte der Selbige Otto Krämer als Vor-
sitzender einer Versammlung, welche am 27. November v. J. im
Märkischen Hof, Admiralsstraße 18c, tagte, am Schluß der Dis-
kussion ausgebracht. Der die Versammlung überwachende Polizei-
lieutenant Roth machte seine Meldung und Krämer erhielt wegen
groben Unfugs einen richterlichen Strafbefehl von vierzehn
Tagen Haft. Er beantragte richterliche Entscheidung. Im
gehirigen Termin vor der 143. Abtheilung des Schöffengerichts
beantragte der Anwalt, es bei der Haftstrafe von vierzehn
Tagen zu belassen. Der Verteidiger des Ange-
klagten, Rechtsanwalt Morris, wies dagegen darauf
hin, daß sich der grobe Unfugssparagraf überhaupt
auf Fälle wie den vorliegenden nicht anwenden lasse, da der
Begriff des groben Unfugs offenbar die Erregung von Lärm
u. dergl. voraussetze. Demnach habe sich durch das Hoch
niemand schämen können, denn es sei das Hoch erst ausgebracht
worden, nachdem auf die Frage, ob Gegner in der Versammlung
seien, sich niemand gemeldet habe. Aus diesen Gründen beantrage
er die Freisprechung des bisher völlig unbescholtenen Angeklagten.
Der Gerichtshof fand jedoch in dem Zusatz „international“, weil
damit eine Vereinigung von Parteien, welche den Umsturz
wollen, bezeichnet werde, einen groben Unfug und erkannte auf
30 M. Geldstrafe oder 3 Tage Haft.

Vom „groben Unfug“. In einem Preßprozeß gegen die
sozialdemokratische „Neue Wurzener Zeitung“ fällt das
Wurzener Schöffengericht insofern ein interessantes Urtheil, als
es im Gegensatz zu dem Erkenntnis höherer Gerichte die
Möglichkeit des Begehens eines „groben Unfugs“ durch die
Presse verneint. Es heißt in der Urtheilsbegründung:
„Wenn nach der neueren Rechtsprechung der Obergerichte
auch durch die Presse grober Unfug verübt werden kann, so kann
doch der § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs nach seiner Ent-
stehung und seiner Zusammenstellung mit dem Thatbestand
des ruhestörenden Lärmes nicht ohne weiteres auf jeden
politischen Zeitungsartikel, durch dessen Inhalt die Empfindungen
und politischen Ueberzeugungen andersdenkender Staats-
angehöriger verletzt werden, Anwendung finden. Dies würde
dabin führen, daß die ursprünglich nur lubenhaften Strafen-
unfug verübende Straftat eine subsidiäre Strafvorschrift
unbestimmter Allgemeinheit wird, welcher der Strafrichter alles
zu unterstellen befugt ist, was ihm ungebührig erscheint und doch
unter die sonstigen Strafandrohung mit ihren wohlverwogenen
begrifflichen Grenzen nicht paßt. Vergl. Entscheidung des
Reichsgerichts in Strafsachen B 106 194 S.“

Der sonderbare Fall, daß Wirthe in Polizeistrafen ver-
fallen, wenn sie zu früh schließen, hat sich in Coblenz
bei Merzig zugetragen. Die Bestrafung erfolgte auf Grund der
Polizeibestimmung, daß am Abendwege eines Wirthehauses bis
zum Eintritt der Polizeistunde ein Licht zu brennen habe. Die be-

trafsten Wirthe waren jedoch der Ansicht, daß es ihnen un-
benommen sei, bei Mangel an Gästen auch schon vor 11 Uhr
der Ruhe zu pflegen und demzufolge das Licht anzulöschen.
Das Schöffengericht in Wadern pflichtete dieser Ansicht auch bei
und sprach der „N. N. Z.“ zufolge die Bestrafen von Strafe
und Kosten frei.

Soziale Uebersicht.

Ergebnisse der Einkommen- und Ergänzungsteuer-
Veranlagung in Preußen. Nach der dem Abgeordneten-
haufe zugegangenen vergleichenden Uebersicht ist in Preußen
an Einkommensteuer für das Jahr 1895/96 bei
2 605 183 Jeniten (gegen 2 520 980 im Vorjahr) der Betrag von
128 439 466 (122 029 785) M. veranlagt worden, gegen das Vor-
jahr also ein Mehr an Jeniten von 84 253 und an Steuern von
1 408 701 M., während die Veranlagung für 1894/95 an Jeniten
war ein Mehr von 89 093, an Steuern dagegen ein Weniger
von 1 160 306 M. gegen 1893/94 ergab. Das Mehr des Jahres
1895/96 entfällt allein auf die physischen Personen, die bei
2 608 292 (2 519 008) Jeniten mit 116 516 284 (114 272 317)
Mark, also mit einem Mehr von 2 248 967 (474 372)
Mark veranlagt sind, wogegen die Veranlagung der
juristischen Personen wieder ein Weniger an Steuern, und zwar
in Höhe von 840 266 (1 634 785) Mark bei 1891 (1922)
Jeniten mit 6 917 182 (7 757 448) M. ergeben hat. Die juristischen
Personen sind nach ihren einzelnen Arten wie folgt veranlagt:
1824 (1852) Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften mit
6 357 109 (6 768 108) M. Steuer, 93 (129) Berggewerkschaften
mit 399 747 (844 832) M., 305 (299) eingetragene Genossen-
schaften mit 70 018 (59 293) M., 169 (162) Konsumvereine mit
66 308 (90 195) M. Die Zahl der Bevölkerung hat sich
nach der zum Zwecke der Veranlagung vorgenommenen
Personenstands-Aufnahme 1895/96 auf 30 812 583 (30 387 331)
Köpfe gestellt. Einkommensteuerfrei sind hiervon geblieben als
Exterritoriale u. dergl. 7459 (6881), als solche, deren Einkommen
900 M. nicht übersteigt 21 165 032 (21 223 024). Die ver-
anlagten Jeniten ergeben 8,45 (8,29) v. H. der Gesamt-
bevölkerung; von ihnen entfallen auf die Städte 1 541 453
(1 478 809), auf das platte Land 1 061 839 (1 042 199). Das ver-
anlagte Einkommen der Jeniten beträgt 5 996 867 695
(5 784 797 517) M., von denen entfallen auf die Städte
4 060 179 427 (3 934 363 620) M. und auf das platte Land
1 876 688 268 (1 850 431 897) M. Das Durchschnitts-
einkommen der Jeniten stellt sich dabei in den Städten auf
2 633,99 (2 664,10) M., auf dem
platten Lande auf 1 767,89 (1 775,61) M., über-
haupt auf 2 280,52 (2 296,46) M. Auf den Kopf der
Bevölkerung entfallen an Steuern in den Städten
6,94 (6,94) M., in den Stadtkreisen 9,74 (9,74) M., auf
dem platten Lande 1,64 (1,64) M., überhaupt 3,78 (3,76) M.
Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark
sind veranlagt 324 294 (321 296) Jeniten (physische Personen)
und zwar in den Städten 246 317 (242 708) und auf dem platten
Lande 77 977 (78 588), mithin in den Städten 1,98 (2,00) v. H.
der Bevölkerung und 15,48 (16,43) v. H. aller Jeniten, auf dem
platten Lande 0,42 (0,43) v. H. der Bevölkerung und 12,46 (12,75)
v. H. aller Jeniten.

Zur Ergänzungsteuer nach dem Gesetz vom 13. Juli 1893
sind veranlagt 1 152 832 Jeniten, gleich 3,74 v. H. der Gesamt-
bevölkerung und zwar in den Städten 820 192 und auf dem
platten Lande 632 140. Das gesammte steuerpflichtige Vermögen
der Jeniten in Höhe von 63 917 805 052 M. entfällt auf die
Städte mit 38 350 204 175 M., auf das platte Land mit
25 567 600 877 M. Das Durchschnittsvermögen
jedes Jeniten stellt sich dabei in den Städten
auf 78 723, auf dem platten Lande auf 40 446,
überhaupt auf 55 468 M.

Versammlungen.

In den Mittheilungen über die Ladirerversammlung
ist nachzutragen, daß nicht die Lohnkommission in ihrem Schreiben
an die Innung gelangt hat, der Innung — die bekanntlich mit
„bloßen Arbeitern“ nicht verhandeln will — gehörten jetzt auch
ehemalige Strumpfwirker als Mitglieder an, sondern diese Ver-
merkung ist lediglich in der Versammlung am Montag von dem
Beizehner der Lohnkommission, Mautenhans, gemacht
worden. Bei dieser Gelegenheit sei noch mitgetheilt, daß die
Lohnbewegung der Ladirer sich nur auf diese und auf die im
Ladirergewerbe beschäftigten Personen, nicht auf Maler und An-
streicher erstreckt. Wie übel die Lage der Ladirer Berlins ist,
läßt sich daraus entnehmen, daß die im Ladirergewerbe be-
schäftigten wöchentlich 7—12 M. für dieselbe Arbeit
wöchentlich bekommen, für die früher ihren männlichen Kollegen
bis 24 M. und mehr bezahlt worden sein soll.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe
beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 12. Januar seine Ge-
neralversammlung ab. Polih beglückwünschte die
Kollegen zum neuen Jahre und theilte mit, daß 3. 8 Kollegen
krank sind und daß das frühere Mitglied Oskar Wiemer
gestorben ist. Die Versammlung ehrt dessen Andenken in der
üblichen Weise. Hierauf gab Kochler den Kasfenbericht.
Danach betrug im vorigen Jahre die Einnahme 28 931,95 M.,
die Ausgabe 27 845,78 M., der Ueberschuß 1086,17 M. Ein-
schließlich des Kasfenbestandes vom 1. Januar v. J., der sich
auf 5491,38 M. belief, betrug somit das Vermögen des Ver-
bandes 6577,55 M. Es wurden 55 759 Beiträge à 15 Pf.,
und in 757 Fällen Ausnahmegelder à 50 Pf. bezahlt. An Unter-
stützungen sind geleistet worden: 520,44 M. Extra-Unterstützungen,
620 M. Krankenbeihilfe, 736 M. Verteidigungsbeiträge. Nach
kurzer Debatte, woran sich Klein, Schull und andere Kollegen be-
theiligten, wurde der Wunsch ausgesprochen, den General-
versammlungen solle in Zukunft der Vierteljahresbericht
schriftlich vorgelegt werden. Nachdem die Revisoren die
Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, bewilligte
die Versammlung dem Kassirer ein Manuskript von
59 M. Präskate hob im Geschäftsbericht hervor, daß im
vergangenen Jahre 4 ordentliche und 2 außerordentliche
Generalversammlungen, ferner 46 Vorstandssitzungen abgehalten
worden sind, und daß der Verband jetzt 1392 zahlende Mitglieder
hat. Kähler berichtete dann über die Bibliothek, wobei
er bedauerte, daß immer noch hauptsächlich Romane von den
Mitgliedern gelesen werden. Es folgte der Bericht über den
Arbeitsnachweis. Im letzten Quartal wurden dort
240 offene Stellen angemeldet, davon sind 115 besetzt worden;
die übrigen blieben theils wegen schlechter Lohnbedingungen unbesetzt,
theils weil besondere Brandenkennzeichen gefordert wurde. Nach
Erlebidung der Berichte wurde dem Kassirer und dem Gesamt-
vorstand Rechung ertheilt und dann auf Antrag Schumann
beschlossen, den Bureau-Arbeitern wöchentlich 27 M. zu zahlen.
Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Polih,
erster Vorsitzender, Mugwer, zweiter Vorsitzender, Klein,
Schriftführer, Kähler, Kassirer und Arbeitsvermittler;
in Weisern wurden gewählt: für den Osten: Freude,
Blum und Fuchs; für den Norden: Stange,
Fiebig, Vieh; für den Südosten: Sadewig,

Schöps, Moldenhauer; zu Vertretern der Kutscher
die Kollegen Sparr und Hedike, zum Vertreter der Möbel-
transport-Arbeiter Kollege Sachmann, zum Ver-
treter der Getreideträger Kollege Wöh. Zu Revisoren
die Kollegen Aug. Meyer, Gust. Meyer und Streinck.
Kollege Dreher wurde zum zweiten Bureau-Arbeiter gewählt.
Hierauf vertagte man die Versammlung bis zum 15. Januar.

Zu dieser Versammlung hielt zunächst Genosse Manasse
einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das
Thema Urtheil und Recht. Hierauf nahm die Versammlung
einige Aenderungen an dem Beschlusse vor, der vom Vorstand
hinsichtlich der Unterstühtungen, darunter auch der Begräbnis-
beiträgen, am 22. Januar 1892 gefaßt und in der General-
versammlung vom 13. Januar 1895 angenommen worden ist. Auf
Antrag Grauer heißt es in § 2 „Rechtsschutz“ von jetzt
ab nicht mehr: „Antragsteller müssen 6 Monate dem Verbands-
angehören“, sondern: „Antragsteller müssen 3 Monate dem Ver-
bande angehören“. In § 4: „Sonstige Unterstühtungen“ ist
der Passus: „In der Höhe bis zu 20 M.“ gestrichen. Dieser
Antrag wurde damit begründet, daß nach einem geltenden Beschlusse
der Vorstand Ausgaben bis 50 M. machen könne. In § 5: „Bei Todes-
fällen“ wurde ein Antrag angenommen, welcher den Vorstand
unter gewissen Umständen ermächtigt, seine Kranzpenden zu bewilligen.
Beim letzten Punkt: Verbandsangelegenheiten, entspann sich eine
lebhafteste Debatte über die Umgehungen der Sonntagruhe im
Handelsgewerbe; schließlich wurde ein Antrag angenommen,
welcher befaßt, den Stadterordneten solle eine Petition überreicht
werden, worin für die Verkürzung der Sonntagruhe plädiert
wird; als Beweis der Nothwendigkeit dieser Forderung soll
das gesammelte Material der früheren Sonntagruhe-
Kommission verwendet werden. Hierauf forderte Wischke
den Kollegen Grauer auf, nach dem Beschlusse der
letzten Versammlung die Erklärung abzugeben, von welcher Seite
er (Grauer) denunziert worden sei. Grauer bedauerte, daß in
einer Versammlung, wo er nicht zugegen war, ein derartiger
Beschlusse gefaßt wurde. Polih, Hoffmann, Schu-
mann, Kahlen, Dreher u. a. sprachen für den Be-
schlusse der Versammlung und gegen die Behauptungen Grauer's;
dieser gab hierauf die Erklärung ab, daß er aus
bestimmten Gründen jetzt erkläre, er sei nicht denunziert. Wegen
dieser Bemerkung wandten sich Hoffmann, Schumann
und Dreher in der schärfsten Weise gegen Grauer, worauf
dieser entgegnete, daß er durch die Mörgeleien in den letzten
Monaten zu seinen Ausführungen gezwungen sei. Kollege
Wischke legte nun die Prozesssache Wold gegen Perlmann
klar; nach längerer Debatte beauftragte man den Vorstand, die
Sache nochmals zu prüfen. Hierauf wurde die Versammlung
geschlossen.

Die Zimmerer beschäftigten sich am Mittwoch in einer
öffentlichen Versammlung mit der Arbeitniederlegung
in den Baugeschäften von Radike u. Pumpkin.
Die genannten Firmen zahlten ihren beim Bau der Gewerbe-
Anstalt thätigen Arbeitern bisher einen Stundenlohn
von 50 Pf. Als am Montag die Zimmerer durch ihren
Platzdeputirten um eine Lohnerhöhung auf 52 1/2 Pf. für
die Stunde ersuchten, wurde ihnen bedeutet: wer nicht
für 50 Pf. weiter arbeiten wolle, könne gehen. In beiden Ge-
schäften legte darauf ein Theil der Zimmerer die Arbeit nieder.
An deren Stelle wurden nun zum Theil andere Arbeiter ein-
gestellt, andertheils nahm auch bei Pumpkin ein Theil der
Anständigen die Arbeit wieder auf. Es wurde festgestellt, daß
die genannten beiden Firmen jetzt den verlangten Stundenlohn
von 52 1/2 Pfennigen zahlen, wodurch also die Differenzen
zwischen den Arbeitern und Unternehmern ausgeglichen
sind. Es wurde hierzu folgende Resolution gefaßt: Die Ver-
sammlung hält das Vorgehen der Zimmerer bei den Bau-
geschäften von Radike und Pumpkin für richtig und consequent,
bemerk aber ausdrücklich, daß ein Stundenlohn von 52 1/2 Pf.
noch nicht die endgültige Forderung der Berliner Zimmerer ist,
welche sich weitere Schritte in der Lohnfrage vorbehalten; die
Versammlung erklärt die Differenzen mit den genannten Bau-
geschäften für erledigt. Im weiteren wurde lebhaft über die
Sonntag- und Ueberstundenarbeit gellagt, die auf den Bauteil der
Gewerbe-Anstalt üblich ist, sowie über die Unzulänglich-
keit und Lebensgefährlichkeit der dort verwendeten
Mitteln. Die gegenwärtige, namentlich durch die Aus-
stellungsarbeiten verursachte günstige Geschäftslage hielt man
für geeignet, mit einer Verbesserung der Löhne im Zimmerer-
gewerbe vorzugehen. Zur Verabreichung der in dieser Hinsicht zu
unternehmenden Schritte soll anfangs Februar eine öffentliche
Versammlung stattfinden. Den Kameraden wurde gerathen, auf
jedem Bau einen Platzdeputirten zu bestimmen, der den Ver-
trauensmann über die dort herrschenden Verhältnisse zu unter-
richten hat.

Arbeiter-Gildenschule. Unterricht am Freitag. Südost-Schule,
Waldmarkstr. 14: Rede-Übung. Heute, am 24. Januar beginnt der Unter-
richt in der Südost-Schule ausnahmsweise um 8 1/2 Uhr und
endet um 10 Uhr. Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Ge-
schichte. Beginn 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur
Verwendung des Bibliothek und des reichhaltigen Lesestoffmaterials schon von
10 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Franken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
(Mittheilung.) Versammlung am Sonnabend, den 23. Januar, abends
8 1/2 Uhr, im Lokal Tengel, Jagowstr. 16. Tagesordnung: Abrechnung und
Wahl des Vorstandes-Stellvertreter.

Grund der gelehrigen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.
Die Schriften sind zu finden an W. G. ent, Dresdenstr. 187-188, 1. St. IV.
Freitag: Wustrowin Goffnung, Große Frankfurterstr. 123 bei Gold.
Kottlerstr. 10, 1. St. IV.
Werein der Tanzmeister tagt jeden Freitag Abend, Annahstr. 18.

Eingelaufene Druckschriften.
„Neue Revue“. Die Wochenchrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und
Öffentliches Leben. „Neue Revue“ veröffentlicht in Heft Nr. 3 (7. Jahrgang)
vom 16. Januar 1896 folgende Aufsätze: Prof. Dr. H. G. Gellert: Die
religiöse Grundlage der russischen Politik; Prof. Dr. G. Berger: Kinder
als Verbrecher. — Das hohe Haus, parlamentarische Skizze; Dr. Eduard
Gregg, Stanislaus Szeponowski, Dr. Ernst Wackerbarth; G. Julius: Zur
Naturgeschichte des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Krachs.
J. Ficker: Neue Waffel; H. Schneider: Mit dreizehn Jahren; Kunst
und Literatur; Anatomische Bilder aus der Zeit.
Von der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ ist toeben das 28. Heft erschienen.
Aus dem Inhalt derselben seien hier hervor: Die Krise des allgemeinen
Wohlbefindens; Von Dr. Michael Gauthier. — Die apostrophische Politik
Leo XIII. Von einem römischen Aristokraten. — Die Revolutionen der
österreichischen Staatskassen. Von Dr. Albert Sed. — Die industrielle
Fortbewegung in England. Von G. Wines. — Ein Unbekannter. Von
Stanislaus Szepobowski. — Offener Brief von Wilhelm Kienl. —
Verlaine. Von Hermann Mohr. — Toni Schärer. Von Wilhelm Degerler.
— Cyr. Von Dr. Heinrich Schärer. — Die Woche. — Schärer. — Neues
der Revue. — Tulla tau. Von Nicolo Milati.
Volk-Gewinn. Die Hefte 43 und 44, herausgegeben von Emanuel Warm,
Verlag von Wörlitz u. Comp., Nürnberg, sind erschienen und enthalten
folgende größere Artikel: Geometrie (Schluß), 2 Tafeln mit 31 Figuren als
Beispiele; Sprachlehre. Germania, Germanium, Geschlechter, Genus
(Pluralbildung, Genusveränderung und Pluralbildung), Geschlechter, Genus
(Geschlechter), Gesundheitspflege (Engländer, private, persönliche und öffent-
liche), Gesundheitspflege, Gesundheitspflege (Institutionen), Kaiserliches
Geldvertheilung, Getreide, Getreide, Getreide (Grundlegung derselben),
Wandergewerbe, Gewerbeschutz, Gewerbe-Aufsicht (1. England, 2. Frank-
reich, 3. Schweden, 4. Preußen, 5. Österreich, 6. Ungarn, 7. Amerika und
8. Sonstige Anstalten), Gewerbe-Aufsicht (Schluß). — Alle 14 Tage er-
scheint ein Heft à 20 Pf. — Das Volk's Magazin kann durch alle Buchhand-
lungen, Kolportage etc. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es
ist im deutschen Postzeitungs-Katalog unter Nr. 709, im bayerischen Volk-
zeitungs-Katalog unter Nr. 773 eingetragen.
Georg Fischmann's Beiträge zur Geschichte des Materialismus.
VIII. und IX. Heft in 1 Bande broschirt, Preis 3,50 M. Stuttgart,
Verlag von J. G. B. Neig.

Achtung!
Genossinnen und Genossen!
Freitag, den 24. Januar, in der Norddeutschen Brauerei,
Chaussee-Straße 58:

Volkerversammlung

Tages-Ordnung:
1. Die moderne Prostitution und die bürgerliche Frauenrechtleri.
Referentin: Frau Clara Zetkin aus Stuttgart.
2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Einberuferin:
1/15 Frau Ottilie Gerndt.
Die Führerinnen der Frauenrechtlerinnen sind brieflich ein-
geladen.

6. Wahlkreis.

Freitag, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinemünder
Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 35:

Gr. Volkerversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Klees (Magdeburg) über:
Die Handwerkerfrage. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten Teilerfassung.
Der Einberufer.

Achtung! Öffentliche Versammlung

der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter

am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Joël, Andreas-Straße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Lohnbewegung und welche Forde-
rungen stellen wir? 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren.
83/20 Der Vertrauensmann.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 26. Januar 1896, vormittags 10 1/2 Uhr:
Hauptversammlung
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21-22.
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Kontrollbericht. 3. Ver-
schiedene Kassenangelegenheiten.
24/20 Die Ortsverwaltung.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Unsere am Sonntag, den 26. Januar, die „Urania“ besuchenden
Mitglieder bringen wir zur Kenntnis, daß infolge eingetretener Aenderung
des Spielplans das Ausstattungsstück „Vom Fels zum Meer“ nicht zur
Darstellung gelangen kann. Dafür der neueste Vortrag „Das Führen
im Ei“ und am Sonntag, den 2. Februar, wiederum: „Vom Fels zum
Meer“.
112/16 Der Vorstand.

Achtung! Verein der Former.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags präzis 11 Uhr,
finder die am 12. Januar nötiger Sachen halber vertagte
General-Versammlung
Hirtenstr. 21, statt. Der wichtigen Tagesordnung halber sind alle Mit-
glieder ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. N.: Alb. Rewis.
23195

Tischler-Verein.

Sonntag, den 25. Januar, abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zu
dem am 22. Februar im Sanssouci stattfindenden Maskenball.
Die Mitglieder werden auf § 3 des Statuts aufmerksam gemacht.
Namen haben Zutritt.
198/27 Der Vorstand.

Achtung! Reinickendorf. Achtung! Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr,
im Lokale des Herrn Grunow, Nordbahnstraße 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Jakob: Wie stellen sich
die Arbeiter zu den Gemeindevahlen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahl-
komitees. 4. Verschiedenes. — Entree 10 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
223/2 Der Vertrauensmann.

Cöpenick.

Sonntag, 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Kaiserhof
(Golecki):
**Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung
der Zimmerer.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über den Zweek und Nutzen der Verkürzung der Arbeitszeit.
Referent Genosse Timm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
257/3 Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.

Sonntag, den 26. Januar, nachm. 1 Uhr, bei Sirochmeyer, Markgrafendamm:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.
2. Anträge des Vorstandes.
3. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet
6/8 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbelasse der Tischler zc.

Verl. Verwaltung Berlin F.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 26. d. M.,
vormittags 10 1/2 Uhr,
im Belforter Salon, Belfortstr.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quart. 1895.
2. Vortrag des Herrn Dr. Wegl
über Hypnotismus. 3. Verschiedene
Kassenangelegenheiten.
183/4 Die Ortsverwaltung.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Ruffig, Berlin N., Prinzenstr. 46.
verleiht gegen Rücknahme (nicht unter 10 W.)
ganz neu vorräth. feine Bettfedern,
sowie 25 St. Halbhaaren, 2 W. 1.25
versäuliche Taunen, 2 W. 2.25.
Von diesen Taunen genügen
3 Pfund zum größten Oberbett.
Verpackung wird nicht brechen.

Täglich, auch Sonntags vorm. von
7-9 Uhr: 40418*

**Verkauf von gefohtem
Rind- u. Schweinefleisch**
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.

Ausschank.
Eine hiesige Brauerei wünscht noch
mehrere kleinere Ausschanklokale ein-
zurichten, in denen
1) Liter Lagerbier
zum Preise von 10 Pfg. verkauft
wird. Unbescholtene Bewerber, die
eine Kaution von 1000 M. stellen können,
haben ihre Offerten mit Angabe der
früheren Thätigkeit sub A. S. an die
Exp. d. Zeitung einzureichen.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-
Fabrik sind die besten und ein leichter
Erwerbshilfsgegenstand für Männer, Frauen u.
Fam.-Geschäfte. Erlernen leicht und
gratis. Arbeit wird nachgewiesen.
Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei
dem Vertreter H. Domburger, Heilige-
geiststr. 49, Berlin. 41502*

Rohtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Artikeln.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Grunnenstraße Nr. 185.

**Sophastoff-
Kette**
in Aips, Damast, Cröpe,
Phantastik, Gobelins und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
**Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
138.**

**Kleiderspind, Wäschespind, Bett-
stellen, Federboden, Sopha, Sophatisch,
Wäschgarnitur** sofort billig Reich-
bergerstr. 160, v. 1 Tr. I. 2254b

Ein kleiner Gasthof ist umfände-
halber sofort billig zu verkaufen. An-
zahlung 2000 Mark. 2320b
**Ludwig Matzke,
Ludau H.-L.**

**Große Restauration, Schlesische
Thor-Umgend (Gew.-Aussst.), zu verl.
Näheres Dresdenstr. 26 (Zigarren-
Geschäft. 2316b**

Vereinzimmer für Gesangsvereine,
auch passend als
Zahlst. Kant. Oranienstr. 116. 2318b

Arbeitsmarkt.
Farbige sucht A. B. Schultz,
Wasserthorstr. 46. 2313b

Tüchtige Plätterin für Freitag und
Sonntag sofort gesucht.
Koslooderstraße 52 (Baden).

**Tüchtige, geübte Rollenwider-
rinnen und Ladrinnen** für Tele-
graphenapparate verlangen für sofort
Act.-Gesellsch. Mix & Gosst,
2315b Wiltonstr. 67.

**Zuschneider, der schon in Engros-
geschäften gearbeitet, gesucht.** 2324b
Carl Pinn, Spandauerstr. 81.

Schleifer sof. verlangt. Schöneberg,
Hauptstr. 106 bei Lange. 2325b

Zwei Steinfeger-Ges. verl. Öffinger,
Oberschönweide. Zu erf. b. Restau-
rateur an der Brücke. 2323b

Tüchtige Kernstück-Former
für große Monumental-Bieherei sofort
gekauft. Adressen unter G. 100 an die
Expedition dieses Blattes. 41792*

Farbige sucht Friedenstr. 10.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 26. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Volk, Alte Jakob-Straße Nr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernstein über: „Moderne
Heilkunde“. Hierauf: Gemüthliches Besammeln mit Tanz.
Nach dem Vortrage haben nur noch Mitglieder sowie deren Angehörige Zutritt.
Entree 10 Pfennig. 5/4
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung, Holzarbeiter!

Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Moabiter Klubhaus, Beusselstraße 9.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Holzarbeiter Berlins und
Umgegend zu einer Lohnbewegung? Referent: Kollege Otto Grunert.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
80/16 Der Vertrauensmann.

Achtung! Steinarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 26. Januar, mittags 12 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Cohn (großer Saal), Beuth-Straße Nr. 20:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum neuen, ausgearbeiteten Tarif. 2. Berichterstattung
über den Streik bei Riggel, Trebbinerstraße. 172/10
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vertrauensmann. J. Buchmann, Fiedrichstr. 88.

Achtung! Schäftebranche.

Sonntag, den 26. Januar, abends 9 Uhr, bei Wernau, Rosenthalerstr. 57:
178/14 **Versammlung.** Der Vorstand.

Achtung! Lichtdrucker Berlins u. Umg.

Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44.
Tages-Ordnung:
1. Die Verschlechterung der Zustände in der Lichtdruckbranche (besonders
bei der Firma Dr. Mertens & Rückwardt) und welche Stellung haben wir
einzunehmen? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
NB. In anbetragt der Wichtigkeit dieser Versammlung ist es Pflicht
jedes Kollegen, zu erscheinen. 102/11 Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 26. Januar 1896, bei Köllig,
Neue Friedrich-Straße 44:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
88/6 Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer des Nordens! Achtung!

Sonntag, den 26. Januar 1896, vormittags 10 Uhr,
im Viktoria-Garten, Badstraße 12:
Bezirks-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Gustav Kessler, Regierungs-Fau-
meister a. D. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
257/14 J. N.: Gustav Otto, Bezirkskassirer, Wiesenstr. 41.

Zimmerer!

Sonntag, den 26. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr,
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21-22:

Anherordentliche Verbands-Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute und verwandter Berufsgeossen (Zahlstelle Berlin).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des 4. Quartals 1895. 2. Wie stellen sich die Mitglieder
des Verbandes zu dem vom „Verein der Zimmerer Berlins“ herausgegebenen
Flugblatt und unsere weitere Stellung zu dem neugegründeten Generalfonds.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Versammlung
wird pünktlich eröffnet. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
254/15 Der Vorstand.
NB. Die gemahregelten Mitglieder werden ersucht, sich in den
Besitz einer Streikkarte zu setzen: dieselben sind bei Claus, Kranen-
straße 18, zu haben; ebenfalls ist Claus mit der Kontrolle beauf-
tragt. Die Auszahlung der Unterstützung findet ebenfalls dort statt
und zwar am Sonntag, nachmittags von 3-4 Uhr. D. O.

Neu eröffnet! Hippodrom u. Reitbahn

Rungestr. 8  Rungestr. 8
Großes Musikreiten für Herren und Damen täglich
bis abends 11 Uhr. Entree frei.

Äuß. Zähne schmerzlos eingeseht, feilschend. Reparaturen sofort. Weniger
Bermittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13**